



Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

Juli/August-Heft, Redaktionsschluss 30.06.2021

Nr. 03/2021

Zum Thema

Transhumanismus

Antwort auf „Covid 19 und der Transhumanismus“ von Anja Wurm in Heft 02/21

- von Daniel D.

Was ist aus der radikal-demokratischen Jugend der FDP geworden?

Thema: Wehrhafte Demokratie (Fortsetzung aus dem Heft 02/21), vorgestellt und kommentiert

- von J.M.Hackbarth

Friedliche Revolution in die Freiheit und eine wehrhafte Demokratie!

- von J.M.Hackbarth

Kunst als Katalysator für Aufstände u. Revolutionen Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“

(Fortsetzung aus dem Heft 02/21)

- von J.M.Hackbarth

Wo liegt die Grenze der Machthaber?

Antwort auf das Titelthema der Ausgabe 03/2021 der Zeitschrift „philosophie“, „Wo liegt die Grenze des Sagbaren?“

- von Holger Thurow-N.

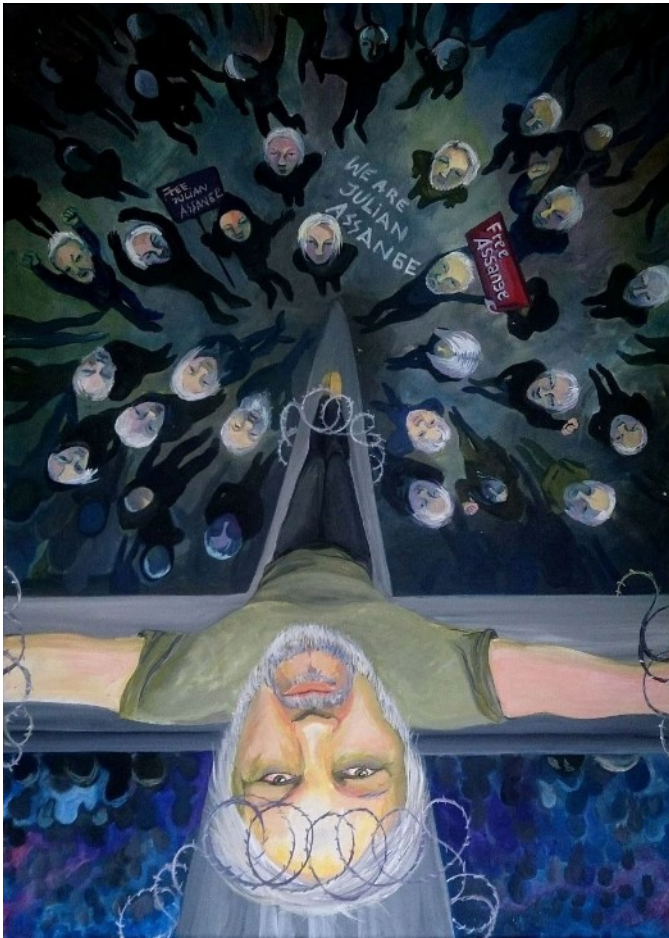


Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG)

<http://deraufstand.wihuman.de>



BY SA



Der Prozess zur Auslieferung des Journalisten Julian Assange

war von schmutzigen Momenten, technologischen Fehlern und Verschleierungsversuchen geprägt, doch die Wahrheit verließ das Podium und vervielfachte sich auf skandalöse Weise im Rest der Welt.

Lilliana Corredor, Aktivistin und Menschenrechtsverteidigerin in Australien: "Diese Anhörungen haben ohne Zweifel gezeigt, dass die Regierung des Vereinigten Königreichs mit der der Vereinigten Staaten übereinstimmt." Nach den US-Wahlen und nach dem Rückschlag von Richter Baraitser bei der Auslieferung von Julian dauerten die Feierlichkeiten seiner Anhänger eine sehr kurze Zeit an. „Ich hatte bereits Tränen in den Augen, als der Richter in den letzten fünf Minuten sagte, dass Assange angesichts der von Psychiatern und Ärzten vorgelegten Beweise einem hohen Selbstmordrisiko ausgesetzt sei und dass die Auslieferung sein Todesurteil bedeuten würde. Aus diesem Grund lehnte er es ab.“ Das waren hervorragende Neuigkeiten, bis er Assange die Möglichkeit verweigerte, das Gefängnis zu verlassen, und er dann nach Belmarsh zurückkehren musste. Die Anwälte beantragten eine Kautions, damit er zu seiner Familie zurückkehren könne, aber es gab eine weitere Anhörung, in der Bail schließlich abgelehnt wurde.

DTome: Julián hat vor kurzem zwei Jahre im Gefängnis verbracht. Wie wurde dieser Tag auf der Welt gelebt?

LCorredor: Am 11. April gab es Proteste auf 5 Kontinenten in 40 Ländern auf der ganzen Welt. Gegen die Auslieferung

von Julian Assange. Die Medien sagten nichts. Wir können jedoch sagen, dass die Menschheit aufgewacht ist, da Tausende von Journalisten zusammengekommen sind, Menschenrechts-gruppen Briefe an die Staatsanwaltschaft des Vereinigte Königreich geschickt haben, in denen sie sagten, es sei ein Skandal, diese mangelnde Einhaltung des Gesetzes seitens des Britischen Gerichts. Es ist obszön. Assange klagte eine große Anzahl von Regierungen des Kriegsverbrechen an, einschließlich Russland. Tausende von Dokumenten wurden vorgelegt. Aus diesem Grund leisten derzeit keine dieser Regierungen oder ihre Verbündeten Hilfe.

Der Kampf scheint in den Buchhandlungen weiterzugehen: Alan Duncan hat gerade ein Buch "In the Thick of It", die privaten Tagebücher eines Ministers Ecuadors in London veröffentlicht, das Daten und mehrere Details enthält und das Ausmaß der Korruption in England bei der Vertreibung von Assange zeigt. All dies war eine monströse Verletzung der Menschenrechte und der internationalen Asylrechte. Im Register seiner eigenen Zeitung gibt er die Details an. Zwei weitere Bücher stammen aus der Hand von Journalisten und Experten im Fall: "Zur Verteidigung von Assange" und "Der Fall Assange", ein neues Buch von Nils Melzer, Sonderberichterstatter der UN für Fälle von Folter, die seit Jahren für die Freiheit des Gründers von Wikileaks kämpfen und den Machtmissbrauch dieser korrupten Regierungen anprangern.

Vier Länder haben sich koordiniert, Julian Assange auf dem Scheiterhaufen zu verbrennen, ohne dass jemand protestiert.

DTome: Und was ist mit der jüngsten Botschaft des Papstes an Assange passiert?

LCorredor: Das ist ein politischer Putsch. Er schickte ihm eine Nachricht, die ihm Hoffnung gab. Ich habe dem Papst dann einen Tweet auf Spanisch und Englisch mit dem Bild Ihres Gemäldes und dem Ort, an dem Assange gekreuzigt wird, geschickt. In dieser Nachricht danke ich ihm für seine Unterstützung von Assange, aber ich frage ihn auch, ob er wirklich helfen möchte und eine persönliche Nachricht an Präsident Biden zu senden, mit der Bitte den Fall fallen zu lassen und alle Anklagen zurück zu nehmen. Ich sage ihm auch, dass dieses Gemälde von einer seiner Landsmännin stammt: Daniela Tomé. Es könnte nicht perfekter sein, an Ostern sendet er diese Botschaft an Assange und dazu Ihr Gemälde der Kreuzigung. Am nächsten Tag sandte die Vatikanische Presse einen Tweet, in dem sofort versucht wurde, die Bedeutung der Botschaft von Papst Franziskus zu leugnen.

D.Tome: Was wird jetzt erwartet?

L.Corredor: Wir können sagen, dass er sich diesmal an den Obersten Gerichtshof des Vereinigten Königreichs richtet. Laut John Pilger gibt es Hoffnung, denn im Obersten Gerichtshof gibt es immer noch Richter, die sich wirklich an das Gesetz halten. Ihm zufolge wird der Oberste Gerichtshof niemals gegen einen Beschluss des niedrigeren Gerichts entscheiden, wenn Baraitser die Auslieferung verweigert, ist es selten, dass das höhere Gericht etwas anderes sagt. Und es scheint große Hoffnung zu bestehen, dass diese neuen fiskalischen allgemeinen den Fall beenden werden.

D.Tome: Was ist momentan über Julian bekannt, wie ist

seine Stimmung?

L. Corredor: Letzte Woche sagte John Shipton, Julians Vater, sein Sohn sei in sehr guter Stimmung und er fühle sich sehr zuversichtlich. Eine weitere Neuigkeit ist, dass kürzlich Senator Juan Hill von der australischen Labour Party, der Hauptpartei der Opposition, eine sehr komplexe Rede in einer Show hielt und viele der Dinge erzählte, die die Partei zur Verteidigung von Assange gesagt hat. Das sind gute Neuigkeiten. Trotz der Tatsache, dass Julian Assange ein unschuldiger Mann ist, ist es unglaublich zu sehen, wie diese Regierungen, die die Welt regieren, alle dazu bringen, einen inhaftierten Journalisten schuldig anzusehen und niemand spricht über die Verbrechen, Korruption, Verstöße gegen Gesetze und Menschenrechte, die die regierenden selbst begangen haben.

Daniela Tome

Wir sind alle Julian. Gefangen, weil er die Wahrheit gesucht und gefunden hat. Alle Ungerechtigkeit verurteilt uns als Menschheit. Freiheit für Julian Assange!!

"Deine Wahrheit vervielfacht sich" ist die zweite meiner Arbeiten über Julian Assange, der heute im Hochsicherheitsgefängnis in Belmarsh London eingesperrt ist, weil er die Wahrheit ausspricht, anprangert und uns die Augen öffnet. Ein moderner Christus, verurteilt, gefoltert von den mächtigsten Regierungen. In meiner Arbeit sieht man Julian an einem Metallkreuz gekreuzigt und gefesselt mit Stacheldraht, der von den Kriegsverbrechen spricht, die er denunziert hat. Unten sehen Sie Hunderte von Menschen, alle mit dem Gesicht von Assange. Die Hauptbotschaft lautet: Selbst wenn sie ihn foltern, einsperren, zum Schweigen bringen, können sie nicht verhindern, dass sich die Wahrheit verbreitet. Die Wahrheit ist jetzt in uns allen. Ich bin eine von denen, die denken, dass ein Werk nicht erklärt werden sollte, dass das Bild und die Emotionen, die es erzeugt, viel stärker sein müssen als jedes Wort. Ich kann jedoch sagen, dass eine Vorstellung von Gerechtigkeit und Freiheit als Maximen im Leben vorherrscht. Die Gerechtigkeit der Welt kann nicht in den Händen einer Regierung liegen, in diesem Fall einer kriminellen. Die Wahrheit ist von unschätzbarem Wert und kann nicht verborgen und geleugnet werden. Der Journalismus muss frei sein und damit wir alle. Wir können diesen Überfall auf das menschliche Leben nicht zulassen, einen Mann, der uns auf seine Weise mit seiner unaufhörlichen Suche nach der Wahrheit erleuchtet hat. Man muss also diejenigen verurteilen, die ihn verurteilen, und diejenigen verhaften, die ihn verhaften, denn die Tatsache, dass Julian Assange heute im Gefängnis ist, ist eine Straftat. Mein Name ist Daniela Tomé, ich bin Kunstaktivistin, Singer-Songwriterin, Plastikkünstlerin, Schriftstellerin. Geboren in Mar del Plata-Argentinien. Gründer der Bewegung „Arte sin aduanas“ (Kunst ohne Grenzen) mit einer intensiven Arbeit zur Verbreitung unabhängiger Kunst und einer dauerhaften Sozialarbeit in Kinderheimen und Gefängnissen. Ich moderiere die Sendung "Arte sin aduanas" im Radio Lunando de México. Meine Arbeiten berühren verschiedene Themen, von der Poesie der Farbe, der Sprache der Formen, Leben, Tod,

Kampf, Liebe, der Tiefe der Seele, der Transformation des Schmerzes. Kunst ist ein großartiges Werkzeug für Kommunikation und soziale und persönliche Transformation, und ein Künstler wird oft zu einem Werkzeug der Kunst.

Daniela Tome:

-----folgend der selbe Text in Spanisch-----

Todos Somos Julián.

Apresado por buscar la verdad y encontrarla. Toda injusticia nos condena como humanidad. Libertad a Julián Assange !!.

“Tu verdad se multiplica” es la segunda de mis obras sobre Julian Assange, encarcelado hoy en la prisión de máxima seguridad en Belmarsh Londres por decir, denunciar la verdad, por abrirnos los ojos. Tal un Cristo moderno, condenado, torturado por los gobiernos más poderosos. En mi obra se ve a Julian crucificado en una cruz de metal y maniatado con concertinas, que hablan de los crímenes de guerra que él ha denunciado. Debajo se ve a cientos de personas, todas con la cara de Assange, el mensaje principal es que aunque lo torturen, lo encierren, lo silencien, no podrán evitar que la verdad se propague, la verdad ahora está en todos nosotros.

Soy de las que piensan que una obra no debe explicarse, que la imagen y las emociones que generan deben ser mucho más fuertes que cualquier palabra. No obstante puedo decir que prevalecen en ella una idea de Justicia y Libertad como máximas en la vida. La justicia del mundo no puede estar en manos de un gobierno, criminal en este caso, la verdad no tiene precio y no puede ser ocultada y negada. El periodismo debe ser libre y en él todos debemos serlo. No se puede permitir este atropello a la vida humana, a un hombre que nos ha alumbrado de alguna manera con su búsqueda incesante de la verdad. Entonces hay que juzgar a quienes lo juzgan y apresar a quienes lo apresan, porque el hecho de que hoy Julián Assange esté preso, es un hecho criminal.

Mi nombre es Daniela Tomé, soy activista del Arte, Cantautora, artista plástica, escritora. Nacida en Mar del Plata-Argentina.

Fundadora del movimiento Arte Sin aduanas con una intensa labor en la difusión del Arte independiente y una permanente labor social en Hogares infantiles y cárceles. Conduzco el programa „Arte Sin aduanas“ por radio Lunando de México.

Mis obras tocan diferentes temáticas, desde la poética del color, el lenguaje de las formas, la vida, la muerte, la lucha, el amor, la profundidad del alma, la transformación del dolor. El arte es una gran herramienta de comunicación y transformación social y personal, y un artista se vuelve muchas veces herramienta del Arte.

Daniela Tome:

Inhaltsverzeichnis

- | Seite | Thema |
|-------|---|
| 2 | Die Künstlerin der Titelseite stellt ihr Kunstwerk vor |
| 5 | Zum Thema Transhumanismus
Antwort auf „Covid 19 und der Transhumanismus“ von Anja Wurm in Heft 02/21
- von Daniel D. |
| 7 | Was ist aus der radikal-demokratischen Jugend der FDP geworden?
Thema: Wehrhafte Demokratie
(Fortsetzung aus dem Heft 02/21), vorgestellt und kommentiert
- von J.M.Hackbarth |
| 14 | Friedliche Revolution in die Freiheit und eine wehrhafte Demokratie!
- von J.M.Hackbarth |
| 23 | Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen
Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“
(Fortsetzung aus dem Heft 02/21)
- von J.M.Hackbarth |
| 26 | Wo liegt die Grenze der Machthaber?
Antwort auf das Titelthema der Ausgabe 03/2021 der Zeitschrift „philosophie“, „Wo liegt die Grenze des Sagbaren?“
- von Holger Thurow-N. |
| 31 | „Der Aufstand“ Titelseiten der letzten 9 Ausgaben |

In diese Ausgabe



hat Daniela Tome ein Kunstwerk eingereicht, das Lilliana Corredor (Aktivistin und Menschenrechts-verteidigerin in Australien) dem Papst geschickt hat (siehe Interview Seite 2). Kein Bild könnte treffender vor Augen führen, was sich hinter Fassaden „westlicher Werte“ verbirgt, wenn Aufklärer dahinter blicken. Die Zeit der Aufklärung 2.0 ist längst angebrochen. Julian Assange hat sie eingeleitet, als er mit „wikileaks“ Untaten von Kriegsverbrechern öffentlich machen konnte. Deshalb ist der Hass amerikanischer Machthaber auf ihn grenzenlos. Denn sie und eine Hand voll ihrer Vasallen sind völlig bloßgestellt. Wir

bedanken uns bei Daniela Tome für das Kunstwerk auf der Titelseite im Rahmen des Projekts „Free Slave Project“, das wohl jeden Menschen tief berühren dürfte, nicht nur

wegen dem geschichtlichen Déjà-vu, das es beim Papst auslösen kann und ihn dazu bewegen könnte, etwas zu tun, für die Menschenliebe. Auch diese Zeitschrift ist eine Plattform der Aufklärung, auf philosophischer Ebene. Wer mitmachen möchte, ist herzlich eingeladen seine Beiträge einzureichen, die dann in Zusammenarbeit mit der Redaktion in die Zeitschrift eingearbeitet werden. Daniel D. nutzte die Gelegenheit für eine Antwort auf den Artikel „Covid-19 und der Transhumanismus“ in Nr. 02/21 „Wie löst man also die derzeitige Problematik mit dem Transhumanismus?“, fragt er und seine Antwort ist ab Seite 5 zu finden. Die radikal-demokratische Jugend der FDP kommt im 3. Teil ihrer Radikaldemokratie-Broschüre zum Thema „Wehrhafte Demokratie“. „Jungdemokraten fordern seit langem die Abschaffung der Geheimdienste, denn Geheimdienste sind höchst undemokratische Institutionen:...“ beginnt der Einleitungstext. Weiter geht es auf Seite 7.

Kein Begriff ist schlimmer verleumdet worden, als „Revolution“. Dieses Wort löst deshalb bei den meisten Menschen vielfältige Assoziationen mit Gewalt aus. Aber das ist eben das Ergebnis einer Verleumdung. Eine Revolution bedeutet nur eine Veränderung, in dessen Ergebnis etwas völlig Neues entstanden ist. Dieses völlig Neue wäre z.B. politische Freiheit. Natürlich ist das im gewohnten Verständnis schwer zu begreifen, denn, so der Mainstream: „Wir haben doch Freiheit.“ Haben wir die Freiheit, über Regeln und Gesetze, unter denen wir leben müssen, gleichberechtigt mit zu entscheiden? Natürlich nicht. Diese Freiheit haben nur Repräsentanten. „Revolutionäre Veränderungen welche die Freiheit zum Ziel haben, können nicht mit Gewalt gegen die Mehrheit des jeweiligen Staatsvolkes herbeigeführt werden“ – steht auf Seite 14 und wir erfahren etwas darüber, warum und wie es anders geht und erfahren etwas über Fehler im Marxismus. „Wo liegt die Grenze der Machthaber“ (Seite 26) ist eine Gegenfrage zum Titelthema der Ausgabe 03/2021 der Zeitschrift „philosophie“, die fragt „Wo liegt die Grenze des Sagbaren?“ „Meinungsfreiheit“ ist ein sehr populäres Wort und wird im Mainstream als Synonym für funktionierende Demokratie verstanden. Dabei geht es eigentlich gar nicht um die freie Meinung im Kopf, sondern um die freie Rede, bzw. freie Äußerung in Wort, Bild und Schrift, nach Lesart von Artikel 5 des Grundgesetzes der BRD. Die Begleitung des Magazins „philosophie“ ist ein guter Leitfaden, um die Themen nicht aus den Augen zu verlieren, die dem Bildungsbürgertum am Herzen liegen und ich steuere gern selbst einen Blickwinkel von Unten dazu bei.

Holger Thurow-N.

IMPRESSUM V.i.S.d.P.

Herausgeber: Holger Thurow-N.

Redaktion, gestellt vom Philosophenclub unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GbR)

Tel.: 0171-2080710

Anschrift: Holger Thurow-N.,

Reclamstr. 30, 22111 Hamburg

Email an die Redaktion:

r&b@wihuman.de





Zum Thema Transhumanismus

Der folgende Kommentar ist eine Antwort auf den Artikel „Covid-19 und der Transhumanismus“ von Anja Wurm, der in der Ausgabe des Zeitschrift „Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht“ Nr. 02/2021 vom 30.04.2021 veröffentlicht wurde. Die Autorin äußert in diesem Artikel zweifellos berechnete Bedenken bezüglich des Transhumanismus, macht es sich aus meiner Sicht aber entschieden zu einfach, wenn sie das Thema ausschließlich negativ betrachtet. Mir fehlen neben einer differenzierteren Betrachtung vor allem die Darstellung der in meinen Augen wichtigsten Problematik bezüglich Transhumanismus in unserer heutigen Zeit und andererseits vernünftige Lösungsansätze. Aus meiner Sicht verschenkt der Artikel damit sehr viel Potential und kommt eher wie ein einseitiger Verriss rüber anstatt einer konstruktiven Auseinandersetzung mit der Thematik. Von daher möchte ich mich an dieser Stelle an einer differenzierteren Darstellung versuchen, die so einfach gehalten ist, dass sie, wenn überhaupt, kaum mehr als Wikipedia für Quellennachweise benötigt.

Transhumanismus ist bereits allgegenwärtig

Frau Wurm erweckt den Eindruck, Transhumanismus sei eine einheitliche Denkrichtung mit den gleichen, klar festgelegten Zielen. Doch selbst in der transhumanen Partei tut man sich mit dem Begriff schwer und schreibt, dass es eben nicht „den“ Transhumanismus gibt und die dargestellte Definition lediglich ein Definitionsversuch ist ([Link](#)). Zu vergleichbaren Aussagen kommt auch der Wikipedia-Eintrag zum Thema, der die Vertreter vom Transhumanismus als lose und heterogene Verbindung von Vertretern unterschiedlicher soziokultureller Hintergründe und Disziplinen beschreibt ([Link](#)). Es handelt sich also mitnichten um eine homogene, sektenartige Lobbyvereinigung mit dem pauschalen Ziel, die unvollkommene derzeitige Menschheit durch technisch und genetisch optimierte Übermenschen zu ersetzen.

Eine einheitliche Definition vom Transhumanismus und dessen Zielen existiert zwar nicht, dennoch tauchen bestimmte Kernelemente immer wieder auf. Grundlegend kann man sagen, und so tut es ja auch die Autorin, dass Transhumanismus das Bestreben darstellt, die körperlichen und geistigen Grenzen des Menschen mithilfe der Wissenschaft und insbesondere von Technologien zu überwinden bzw. zu erweitern ([Link](#)). Frau Wurm erweckt in ihrem Artikel den Eindruck, als handle es sich dabei um eine Denkrichtung unserer Gegenwart. Wenn ich mir jedoch die grundlegenden Kernelemente der Definitionen von Transhumanismus anschau dann muss ich ganz ehrlich fragen: Was ist daran eigentlich so neu?

Seit jeher ist es ein Bestreben der Menschheit, mithilfe von technischen Errungenschaften über ihre naturgegebenen Grenzen hinauszugehen. Aufgrund der mangelnden Fähigkeit, längere Strecken zu schwimmen, hat man bereits vor zehntausenden Jahren angefangen, Boote zu bauen ([Link](#)). In der neueren Zeit kamen motorisierte Fahrzeuge wie Autos dazu. Wir können nicht fliegen, also haben wir Flugzeuge gebaut. Und falls das nicht „körpernah“ genug sein sollte, um als Transhumanismus zu gelten, was ist mit Brillen, die seit dem 13. Jahrhundert zur Verbesserung der Sehkraft eingesetzt werden ([Link](#))? Was mit Herzschrittmachern, die zur Unterstützung geschwächter Herzen eingesetzt werden ([Link](#)) oder Defibrillatoren, die unregelmäßig schlagende Herzen wieder in einen regelmäßigen Takt bringen ([Link](#))? Mithilfe dieser invasiven Modifikationen am menschlichen Körper, die es schon 50 Jahre und länger gibt, können viele Menschen noch jahrelang ein würdevolles Leben führen, ohne diese wären sie längst tot oder zumindest schwer pflegebedürftig. Auch unser Denkvermögen wird schon seit Langem durch Technik unterstützt, sei es von den einfachen, seit tausenden von Jahren verwendeten Rechenschiebern ([Link](#)) bis hin zu modernen Computern. Und mittels Gentechnik werden Bakterien seit Jahrzehnten dazu gebracht, das menschlich-körpereigene Hormon Insulin zu produzieren, um Diabeteskranken zu helfen ([Link](#)).

Gerade die viel gescholtene Gentechnik ist ein gutes Beispiel für die Doppelmoral in der Wahrnehmung vieler Menschen im Umgang mit Errungenschaften bezüglich Transhumanismus. Das menschliche Genom zu verändern sei schlecht, weil es unnatürlich ist. Diese Standards scheint man bei Tieren und Pflanzen jedoch nicht anzulegen, deren systematische genetische Modifikation auf eine mindestens 8000 jährige Geschichte zurückblicken lässt ([Link](#)). Denn Züchtung, in der gewünschte Eigenschaften durch selektive Kreuzung immer stärker ausgeprägt werden, ist nichts anderes als Gentechnik bzw. Genmanipulation. Die daraus resultierenden Pflanzen- und Tierzuchten wären in der Natur bzw. im Rahmen der natürlichen Auslese häufig gar nicht überlebensfähig und nur die menschliche Kultivierung und Fürsorge ermöglichen ihr Fortbestehen. Diese Tatsachen sollten sich entschiedene Gegner der Gentechnik vor Augen führen, wenn sie nach der Demo gegen Stammzellforschung mit ihrem schnaufenden Mops an der Leine den nächsten Bioladen ansteuern, um noch ein paar der besonders saftigen und wohlschmeckenden Äpfel mit nach Hause zu nehmen.

Transhumanismus ist aus meiner Sicht also mitnichten etwas Neuartiges und Exotisches. Nein, wenn man sich an den Kernkomponenten der Definitionen orientiert, durchzieht er bereits jetzt unseren kompletten Alltag. Dieser „Siegesszug des Transhumanismus“ ist aber nicht auf die Bemühungen einer

mysteriösen Lobbyvereinigung zurückzuführen, sondern vielmehr das Resultat des menschlichen Forschungs- und Entwicklungsdrangs, der unsere moderne Zivilisation überhaupt erst ermöglicht hat.

Ein reflektierter Umgang mit Transhumanismus kommt um die Systemfrage nicht herum

Wenn Transhumanismus ohnehin bereits allgegenwärtig ist, woher stammt dann diese Abneigung gegen bestimmte Errungenschaften bezüglich Transhumanismus wie Digitalisierung, künstliche Modifikationen am Körper oder Gentechnik? Ich vermute, zumindest zu einem Teil ist sie nicht wirklich rational, sondern resultiert aus einem gewissen Unbehagen gegenüber dem Fremden, dem Unbekannten, dem Unnatürlichen. Denn trotz der Allgegenwart des Transhumanismus muss man konstatieren, dass der wissenschaftliche Fortschritt heutzutage natürlich wesentlich vielfältigere Eingriffe in dieser Richtung ermöglicht und dass ständig neue Optionen hinzukommen. Und gegen neue Entwicklungen, das hat die Geschichte oft genug gezeigt, besteht in vielen Fällen erstmal eine eher ablehnende Haltung, weil sie Menschen dazu drängen, ihre gewohnten Werte zu hinterfragen bzw. die Komfortzone ihrer „Wertebulle“ zu verlassen. Da dieser Schritt nicht unbedingt bequem ist, versucht man stattdessen, die „Bulle“ zu schützen, indem man die Dinge ablehnt, die sie zum „Platzen“ bringen könnten. Ein vollkommen nachvollziehbares, menschliches Verhalten aus meiner Sicht.

Dennoch bleibt eine derartige Abneigung irrational, denn allein die Logik sagt, dass es keine pauschal guten oder schlechten Errungenschaften gibt. Selbst ein einfaches Gerät wie einen Hammer kann man entweder dazu benutzen, Bretter zu nageln und Häuser zu bauen oder dazu, um jemandem den Schädel einzuschlagen. Schwarzpulver hat man für den Bergbau verwendet, aber auch für Kriegswaffen. Flugzeuge, um Passagiere an ihren Bestimmungsort zu bringen oder aber Bomben. Die Liste ließe sich noch sehr lange fortsetzen, aber deutlich wird vor allem Eines: Es liegt nicht an den Errungenschaften selbst, sondern vielmehr an der Absicht bzw. dem Ziel, mit dem sie verwendet werden. Und damit an den Menschen, die sie verwenden. Unter diesem differenzierten Gesichtspunkt sollte man aus meiner Sicht auch den Transhumanismus mit all seinen Werkzeugen und Möglichkeiten betrachten.

Denn wenn ich die die Errungenschaften betrachte, die es bezüglich Transhumanismus heutzutage bereits gibt, fallen mir spontan zwei Adjektive ein: Großartig und beängstigend. Großartig, weil ich als jemand, der selbst Wissenschaftler ist, beeindruckt bin vom kreativen Schöpfergeist anderer. Vor allem aber, weil ich das enorme Potential dieser Errungenschaften zum Wohl der Menschheit sehe. High-Tech Prothesen, die Behinderten oder Verunfallten ein normales Leben ermöglichen, im Reagenzglas gezüchtete Organe, die das Problem mangelnder Spendenbereitschaft ein- für alle Mal lösen, Gentherapien, die chronisch Kranke dauerhaft heilen können, Roboter, die gefährliche Arbeiten übernehmen...die Möglichkeiten des Nutzens sind nahezu grenzenlos.

Ebenso grenzenlos sind jedoch auch die Möglichkeiten des Missbrauchs, und das ist der beängstigende Aspekt. In diesem Punkt teile ich die Befürchtungen von Frau Wurm. Ich habe wenig Lust auf einen Mikrochip im Kopf, der die totale

Überwachung aller meiner Körperfunktionen und ggf. einen gezielten Eingriff in diese ermöglicht. Ebenso wenig erstrebenswert finde ich eine Technokratie, die Menschen nicht mehr als Menschen, sondern als beliebig beeinflussbare Molekülsequenzen betrachtet werden und in der Eugenik zum Alltag gehört, etwa das Bestreben, nur noch „perfekte“ Babys zu erzeugen und alle „un-perfekten“ zu entsorgen. Angeregte Diskussionen in diese Richtung werden ja bereits heute geführt, im Bereich Schwangerschaftsdiagnostik und dem damit verbundenen Schwangerschaftsabbruch. Der zunehmende Verlass auf Technologien führt auch dazu, dass sich die Menschen sowohl körperlich als auch geistig zurückentwickeln. Derartige Tendenzen sieht man bereits heute: Die körperliche Leistungsfähigkeit im Vergleich zu früher lässt nach. Der Trend zunehmender Hygiene und Sterilität, besonders bemerkbar jetzt in Corona-Zeiten, führt auf längere Sicht zu einer Rückbildung der Leistungsfähigkeit des Immunsystems. Und wer strengt denn heute noch den Kopf an, um eine komplizierte Formel zu errechnen, wenn ein Mausklick ein wesentlich schnelleres und mit höherer Wahrscheinlichkeit korrektes Ergebnis produziert? Diese Zurückentwicklung führt zu zunehmender Abhängigkeit von den Errungenschaften bezüglich Transhumanismus. Ein derartiger Trend ist aus meiner Sicht nicht komplett vermeidbar, da er ein zwangsläufiges Resultat des menschlichen Fortschritts ist. Aber wenn diese Abhängigkeiten bzw. die Technologien selbst dazu missbraucht werden, um Menschen und deren Verhalten gezielt zu kontrollieren und zu steuern, dann haben wir nicht nur ein kleines Problem. In den falschen Händen sind die heutigen Errungenschaften bezüglich Transhumanismus eine äußerst gefährliche Waffe zur Schaffung von Totalität und Unfreiheit.

Und dass diese Errungenschaften derzeit in den falschen Händen sind bzw. mit den falschen Absichten missbraucht werden, steht für mich außer Frage, womit wir beim eigentlichen Kern des Problems angelangt sind. Wir leben in einem von Oligarchen kontrollierten, undemokratischen, kapitalistischen System, in dem es mittels Eigentumsrecht möglich ist, dass elitäre Minderheiten sich zu Lasten der Mehrheiten zunehmend bereichern. Das ist der unvermeidliche Weg dieses Systems. Kurzum, es läuft auf eine zunehmende soziale Ungleichheit hinaus, an deren Entwicklungsende es nur noch wenige Superreiche auf der einen Seite gibt, während der Rest der Menschheit sein Dasein in Armut fristet. Wenn, wie es derzeit der Fall ist, die Errungenschaften bezüglich Transhumanismus, dazu genutzt werden, dieses System zu erhalten bzw. den Profiteuren dieses Systems noch mehr Profit zu verschaffen und/oder noch bessere Kontrolle auszuüben, dann geschieht dies niemals zum Wohl der gesamten Menschheit. So etwas ist völlig ausgeschlossen, weil es ein fundamentaler Widerspruch zum Fluss des Systems wäre. Das liegt aber wie gesagt nicht an den Errungenschaften selbst, sondern an deren Verwendungsziel bzw. an denen, die die Verwendung proklamieren. Sicherlich wird die philosophische Strömung der Transhumanisten, wie Frau Wurm schreibt, auch von den Profiteuren dieses Systems missbraucht und unterwandert, um ihre egoistischen Interessen durchzusetzen. Da es sich aber, wie bereits erwähnt, um eine sehr heterogene Strömung handelt, bin ich überzeugt davon, dass es unter den Transhumanisten nicht nur Mietmäuler, sondern auch Idealisten gibt, deren Bestrebungen tatsächlich auf das Wohl

der Menschheit gerichtet sind. Wie so oft sind Pauschalisierungen denke ich unangebracht.

Wie löst man also die derzeitige Problematik mit dem Transhumanismus? Aus meiner Sicht damit, indem man das Problem an der Wurzel packt. Wir könnten den Transhumanismus bzw. die damit verbundenen Errungenschaften natürlich vollständig ablehnen und sagen, damit wollen wir nichts zu tun haben. Das wäre der schlechteste Weg, denn den Fortschritt, von dem Transhumanismus nur eine Ausprägung ist, kann man nicht aufhalten. Anstatt uns also völlig unvorbereitet davon überrollen zu lassen, sollten wir lieber gemeinsam das Heft in die Hand nehmen und die Grundlage für einen reflektierten Umgang mit dem Thema Transhumanismus schaffen. Da ein reflektierter Umgang in diesem System nicht möglich ist, muss folgerichtig das System verändert werden. Weg von Oligarchie, weg vom Kapitalismus und weg vom Eigentumsrecht. Hin zu einem wirklich demokratischen System, in dem Menschen nur das besitzen, was sie auch konkret für ein gutes, würdevolles Leben brauchen und in dem sich keine Einzelpersonen unverhältnismäßig und zum Schaden anderer bereichern. Erst ein solcher Systemwechsel wird es uns ermöglichen, einen ehrlichen und differenzierten Diskurs über den Transhumanismus zu führen, der seine Chancen, aber auch seine Risiken und Gefahren gleichermaßen und aus den verschiedensten Perspektiven heraus (z. B. technisch, philosophisch, ethisch, rechtlich, soziologisch) thematisiert. Als Ergebnis dieses Diskurses können Lösungsstrategien im Sinne einer freien und offenen Gesellschaft entwickelt werden, immer mit dem übergeordneten Ziel, den Transhumanismus bzw. seine Errungenschaften möglichst optimal zum Nutzen der Menschheit einzusetzen.

Daniel D.

Was ist aus der radikal-demokratischen Jugend der FDP geworden?

Jungdemokraten / Junge Linke Hessen

Schloßstraße 46

60486 Frankfurt am Main

info@jungdemokratenhessen.de

www.jungdemokratenhessen.de

Redaktion: Markus Büchting, Gesa Heinbach, Stefanie Janczyk, Carmen Ludwig, Oliver Schulz

Satz: Gesa Heinbach

November 2003

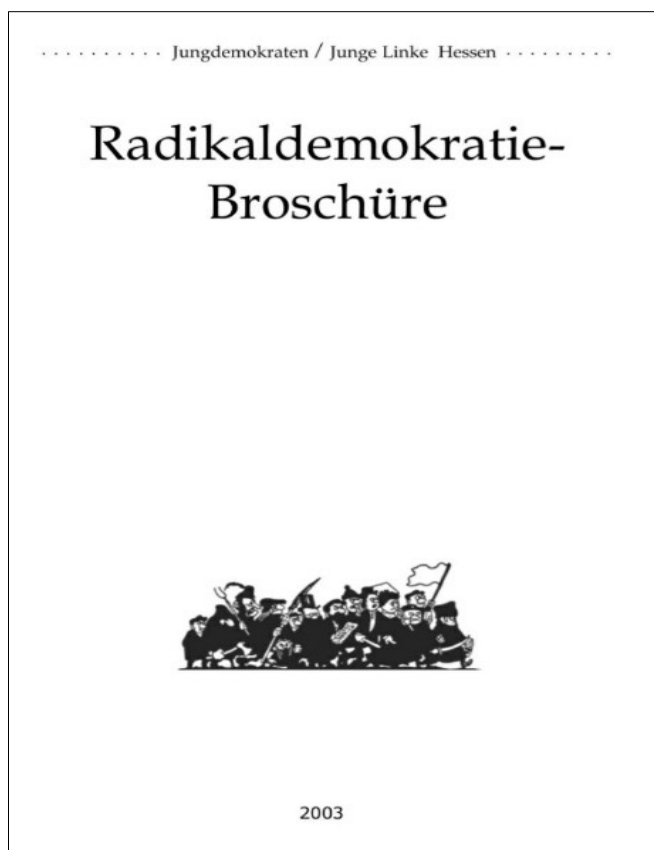
Die Redaktion dieser Zeitschrift versucht auch weiterhin mit allen radikaldemokratischen Autoren der damaligen Broschüre Kontakt auf zu nehmen, um uns mit ihnen über ihre radikaldemokratischen Positionen zu verständigen.

Gleichzeitig möchten wir uns mit den Texten der Broschüre auseinandersetzen und laden natürlich auch unsere Leser dazu ein, sich mit Beiträgen an der Debatte über die Positionen die in dieser Broschüre vertreten werden, zu beteiligen. Um die Debatte beginnen und dann systematisch fortsetzen zu können, werden wir den Inhalt der Broschüre immer abschnittsweise veröffentlichen.

(Fortsetzung aus Nr. 2/21)

Einleitungstext:

Jungdemokraten fordern seit langem die Abschaffung der Geheimdienste, denn Geheimdienste sind höchst undemokratische Institutionen: Zum einen schnüffeln sie im ‚Geheimen‘, sie müssen die Gründe für ihre Verdächtigung - jemand oder eine Gruppe sei ein Verfassungsfeind - nicht offen legen und sind der demokratischen Kontrolle fast vollständig entzogen. Zum anderen ist die Festlegung, welche Gruppierung als verfassungsfeindlich gilt und verboten wird, eine willkürliche (hierzu sagt der nachfolgende Text einiges). Jungdemokraten setzen sich daher gegen staatliche Gesinnungsschnüffellei und -verbote ein, und zwar ganz egal, ob diese gegen ‚rechts‘ oder ‚links‘ gerichtet sind. So haben sich Jungdemokraten in der jüngeren Vergangenheit



auch gegen das geplante NPD-Verbot ausgesprochen.

Im November 2000 veranstaltete der Bundesverband der JD/JL zusammen mit dem Bildungswerk Ludwig-Quidde-Forum eine (V-)Erfassungsschutztagung, auf der man gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Grund- und Bürgerrechtsorganisation die problematische Rolle, Funktion und Praxis des Verfassungsschutzes diskutierte. Der nachfolgende Text ist eine gekürzte Version des Beitrags den Florian auf dieser Tagung gehalten hat. Der vollständige Text ist unter www.radikaldemokratie.de abrufbar.

3.4. „Wehrhafte Demokratie“ – die normale Ausnahmeverfassung von Florian Rödl

[...] Die Abschaffung der Ämter für Verfassungsschutz und der anderen Geheimdienste wieder auf die Tagesordnung zu setzen, darum sind wir heute zusammengekommen. Jedoch: Wie stehen unsere Chancen? Dass es sich beim Verfassungsschutz um einen Inlands-Geheimdienst handelt, von dessen Spitzeleien jedermann betroffen werden kann, dieser Umstand allein hat bislang nicht genügend Menschen überzeugt. Ebenso wenig, dass sein Nutzen, selbst wenn man ihn aus parteilicher Perspektive bestimmt, in keinem Verhältnis zu seinen Kosten steht. Auch die Geschichte der Skandale, von denen wir später genauer hören werden, hat bislang als Argument nicht ausgereicht. Warum reicht das nicht? Grund dafür wird sein, dass der Verfassungsschutz von einer wirkungsmächtigen Legitimationsfigur getragen wird. Der Verfassungsschutz ist mit dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung betraut, so heißt es. Und das sagt uns selbstverständlich noch überhaupt nichts. Die bedeutsame Legitimationsfigur bildet erst der Begriff, der auch schon den Modus angibt, in dem der Schutz gewährleistet werden soll: „Streitbare Demokratie“ heißt er oder auch „wehrhafte Demokratie“. Die Ämter für Verfassungsschutz sind eine der wichtigsten Bewaffnungen dieser wehrhaften Demokratie. [...]

I. Wehrhafte Demokratie versus offene Verfassung

Demokratie ist die Form menschlicher Freiheit in ihrer gesellschaftlichen Existenz. Denn sie ist dadurch konstituiert, dass alle Menschen gleichberechtigt an der Steuerung gesellschaftlicher Prozesse beteiligt sind. Steuerung geschieht durch Recht und auch Zwang. Die Legitimation von Recht und Zwang beruht allein auf dem demokratischen Prozess der Erzeugung der rechtlichen Regelungen. Sie beruht nicht auf der Übereinstimmung der Ergebnisse des Prozesses mit irgendwelchen von wem auch immer inhaltlich vorherbestimmten oder erkannten Inhalten. - Wohlgemerkt: Es geht nicht um die Gerechtigkeit oder Richtigkeit des demokratisch erzeugten Rechts. Dieses Urteil kann der demokratische Prozess dem einzelnen nicht abnehmen, weil der Prozess selbst sich gerade aus dem Streit um die Gerechtigkeit speist. Der demokratische Prozess ist nicht die Antwort auf die Frage nach der Gerechtigkeit des geltenden Rechts, sondern die Antwort auf die Frage nach der Legitimation seiner Geltung gegenüber jedermann. Um die gleichberechtigte Teilhabe aller zu gewährleisten, ist der demokratische Prozess durch eine Reihe von fundamentalen

subjektiven Freiheiten und institutionellen Freiheitsgarantien näher bestimmt. Wir finden sie im Grundgesetz normiert. Da ist einmal die subjektive Meinungsfreiheit in Artikel 5 Absatz 1. Dazu gehört Artikel 8 Absatz 1, das Recht, sich zu versammeln und zu demonstrieren. Ihm folgt Artikel 9 Absatz 1, der das Recht normiert, sich in Vereinen und Gesellschaften zusammenzuschließen. Schließlich gehört jedenfalls für die Bundesrepublik auch Artikel 21 Absatz 1 dazu, der die freie Gründung von Parteien garantiert. Ausgehend von der Meinung des einzelnen steigt diese Reihung der Artikel auf zu immer stärker kollektiven Formen und institutionellen Verdichtungen des politischen Prozesses. Das ist das Konzept einer offenen demokratischen Verfassung. Sie könnte sich dann radikaldemokratisch nennen, wenn sie nicht mehr auf vermachtete gesellschaftliche Verhältnisse stieße, die die rechtliche Gleichheit aller im Prozess konterkariert.

Aber ich will jetzt nicht über die Widersprüchlichkeit einer Demokratie im Kapitalismus sprechen. Denn die „wehrhafte Demokratie“ setzt den offenen demokratischen Prozess nicht von außen, sondern von innen her unter Druck. Die „wehrhafte Demokratie“ haben die Grundgesetzstifter schon in die demokratischen Freiheiten selbst „hineingeschraubt“ (Ridder). Zwar ist der Zusammenschluss in Vereinen frei, aber sie sind verboten, wenn sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten, Artikel 9 Absatz 2. Parteien, die nach den Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen, sind verfassungswidrig, Artikel 21 Absatz 2. Wer schließlich als einzelner bestimmte Grundrechte, unter ihnen wiederum gerade Meinungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit, zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht, der kann sie verwirken nach Artikel 18. Noch bevor wir also nach gesellschaftlichen Machtverhältnissen zu fragen brauchen, die den demokratischen Prozess unterminieren und darum nach Möglichkeit selbst demokratisiert werden müssen, begegnen uns im demokratischen Prozess selbst schon Verkürzungen seiner zentralen Freiheiten. Verkürzungen durch die Verpflichtung dieser Freiheiten auf die „freiheitliche demokratische Grundordnung“.

Was die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ ist, das hat das Bundesverfassungsgericht aus den Entwürfen zur Wiedereinführung des politischen Strafrechts 1951 für den Leitsatz seines ersten Verbotsurteils gegen die Sozialistische Reichspartei abgeschrieben: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung und Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip bei Chancengleichheit aller Parteien und einem Recht auf parlamentarische Opposition.

Ignoriert man für einen Moment den historischen Kontext, mag sich der Gehalt der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ so schlimm nicht anhören, und man möchte meinen, in diesem Rahmen müsse sich doch jeder leidlich bewegen können. Es ist nicht zuletzt diese Intuition, die die „fdGO“-Formel so unverdächtig erscheinen lässt, und es der Kritik so schwer macht, gehört zu werden. Um was es sich aber tatsächlich handelt, eröffnet sich erst dem, der sich vor Augen führen lässt, dass in diesen Freiheitsverkürzungen Ermächtigungen liegen, für bestimmte Personen bestimmte Grundrechte außer Kraft zu setzen: Entweder wird den Mitgliedern von Partei oder Vereinigung das Grundrecht

genommen, sich gerade in dieser Partei oder dieser Vereinigung zu organisieren und gerade mit ihrer Hilfe am demokratischen Prozess teilzuhaben (Partei- und Vereinsverbot). Oder es wird ihnen gleich unmittelbar und in jeder Form die Freiheit entzogen, überhaupt einem Verein beizutreten oder ihre Meinung zu äußern (Grundrechtsverwirkung). Zum Schutz der Ordnung werden subjektive Rechte und gesellschaftliche Freiheitsgarantien partiell suspendiert. - Dies ist nicht irgendeine allgemeine Freiheitsbeschränkung, sondern wir stoßen hier auf die Struktur des Notstands, des Ausnahmezustands.

Die deutschen Verfassungen des 19. Jahrhunderts kannten den Ausnahmezustand insbesondere als Belagerungszustand. Im Falle einer Bedrohung von außen konnte die Rechtsordnung im Inneren partiell ausgesetzt werden. Die Weimarer Reichsverfassung hatte die Notstandsverfassung über Art. 48 dann zur ständigen Nebenverfassung erhoben. Denn bereits eine „erhebliche Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ löste die Notverordnungskompetenz des Reichspräsidenten aus, die die Aussetzung von Grundrechtsgarantien einschloß.

Für die Ausgestaltung des Ausnahmezustands im Grundgesetz waren nun insbesondere zwei Motive ausschlaggebend. Erstens sollte der Ausnahmezustand verrechtlicht werden. Seine Voraussetzungen sollten abschließend festgelegt werden, ebenso seine Folgen. Zweitens sollte nicht die politische Staatsführung, sondern die strukturell regierungsferne und zudem garantierbar personell nazifreie Institution Bundesverfassungsgericht darüber entscheiden. Das Bundesverfassungsgericht sollte der „Souverän über den Ausnahmezustand“ sein.

Leider verbanden sich diese beiden ehrenwerten Motive mit einem weiteren aufrichtigen, nämlich dem „Nie wieder!“ und „Wehret den Anfängen“. Der neue Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung sollte präventiv greifen. Aus diesem Motiv heraus wurde - im Gegensatz noch zur Weimarer Verfassung - auf eine objektive Gefährdung der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ als rechtliche Voraussetzung für die Auslösung von Notstandsfolgen verzichtet.

[...]

Auf diese Weise hatte der Parlamentarische Rat zwar durchaus das Arsenal des Ausnahmezustands rechtsförmig begrenzt - Art. 9 Absatz 2, 18 und 21 Absatz 2, Parteiverbot, Vereinsverbot, Grundrechtsverwirkung - , in seiner zeitlichen Dimension aber vollständig entgrenzt. Das rechtfertigt es von einem permanenten Notstand zu sprechen. Mit der „wehrhaften Demokratie“ gibt es keinen Normalzustand jenseits des Ausnahmezustands mehr. Die „wehrhafte Demokratie“ ist die normale Ausnahmeverfassung.

II. Entgrenzung der „wehrhaften Demokratie“

Gleichwohl. Weil immerhin Voraussetzungen, Folgen und ein förmliches Verfahren geregelt sind, hat Ridder davon gesprochen, damit sei im Grundgesetz lediglich ein „antidemokratischer Wurm“ enthalten, der aber nicht den Charakter des Grundgesetzes definiere.

Das Grundgesetz sah die Grundrechtssuspensionen eben als streng geregelte Ausnahmen von der Regel unverkürzter politischer Freiheit vor. Dieses Regel-Ausnahme-Verhältnis verlangt mit Blick auf den fundamentalen Wert der Freiheiten für eine offene Verfassung der Demokratie, dass diese

Ausnahmen eng ausgelegt werden und keine weiteren Notstandsstrukturen an anderer Stelle eingelassen werden. Doch das währte nicht lange. Durch den Druck der erfolgreichen Restauration repressiver Staatlichkeit in der Adenauer-Bundesrepublik brach diese Konstruktion bald zusammen. Das Bundesverfassungsgericht vermochte diesem Druck nicht standzuhalten.

Der methodische Weg des Bundesverfassungsgerichts zur Zerlegung der notdürftigen und bemühten Verrechtlichung des Ausnahmezustands seitens der Grundgesetzgeber war der folgende: Die Vorschriften in Art. 9 Absatz 2, 21 Absatz 2 und Artikel 18 wurden nicht als isolierte Ausnahmenvorschriften interpretiert, sondern als Ausdruck eines „Grundgedankens“. Diesen Grundgedanken erhob das Gericht im nächsten Schritt zum rechtsverbindlichen „Verfassungsprinzip“. Ein „Verfassungsprinzip“, das muss erläutert werden, ist eine mächtige und zugleich sehr flexible Sache. Ein Verfassungsprinzip ist ein Interpretationsgrundsatz, der die Auslegung auch alles einfachgesetzlichen Rechtes steuern darf. Er darf auch bei der Beurteilung der Verfassungsmäßigkeit von einfachgesetzlichem Recht zur Geltung kommen. Die Betonung liegt hier jeweils auf „darf“, denn ein Verfassungsgrundsatz kommt dann zum Einsatz, wenn er für das jeweilige Ergebnis nützlich ist. Das unterscheidet ihn vom geschriebenen Verfassungsrecht. Das macht ihn flexibel. Mächtig ist er, weil er sich stets auch gegen geschriebenes Verfassungsrecht, insbesondere die Grundrechte und den Gleichheitssatz, durchzusetzen vermag.

Wenn „wehrhafte Demokratie“ nicht mehr nur der Oberbegriff, das Schlagwort für drei enge Ausnahmeregelungen im übrigen unverkürzter Freiheitsgarantie ist, sondern zum „Verfassungsprinzip“ erhoben wird, ist es mit ihrem begrenzten, limitierten Charakter vorbei. Sie gestattet nunmehr Grundrechtsverkürzungen auf einfachgesetzlicher Ebene und auf der Ebene schierer Verwaltung - insofern sie sich nur als Ausdruck dieses Prinzips darstellen lassen.

Entsprechend hat sich bis heute ein ansehnliches Waffenarsenal der wehrhaften Demokratie in einfachen Gesetzen und Verwaltungsermächtigungen angesammelt. Da sind einmal die Strafvorschriften des politischen Strafrechts im Abschnitt „Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates“. Nach diesen wird u.a. die grundgesetzlich vorgesehene Vereinsauflösung verstärkt durch das strafrechtliche Verbot, für verbotene Vereine oder Parteien weiter zu arbeiten oder gar nur ihren organisatorischen Zusammenhalt zu unterstützen.

Weiter geht es mit den Berufsverboten, also die Entlassung aus oder Nicht-Einstellung in den öffentlichen Dienst. In diesem Zusammenhang wurde von der Rechtsprechung der Begriff der „noch nicht verbotenen“ Vereinigung oder Partei geboren. Berufsverbote können nämlich - dank des Verfassungsprinzips der „wehrhaften Demokratie“ und insbesondere seines Präventionsgedankens - auch gegen Mitglieder und Anhänger von legalen Parteien und Vereinigungen verhängt werden, nämlich solche, die „noch nicht verboten“ sind. Solche noch nicht verbotenen Vereinigungen können dann auch von der Gewähr öffentlicher Mittel ausgeschlossen werden - eine weitere Waffe der wehrhaften Demokratie.

[...]

Mit der „noch nicht verbotenen“ Organisation sind wir auf einen entscheidenden Wendepunkt im Institutionengefüge

gestossen. Sie markiert zunächst nichts weniger als die verbrämte Re-Inthronisierung des „Staatsfeinds“ alten Denkens - über den kleinen begrifflichen Umweg des „Verfassungsfeinds“. Besagte Parteien und Vereinigungen sind „noch nicht verboten“ - aber kurz davor. Sie sind „verfassungsfeindlich“, ihre Anhänger darum „Verfassungsfeinde“. Konsequenterweise wäre zwar der „Verfassungsfeind“ ein Bürger, der seine Grundrechte „noch nicht“ nach Artikel 18 verwirkt hat. Der zwingende Umkehrschluss wäre, dass ihm die Grundrechte darum uneingeschränkt zustehen müssen. Weil dies offensichtlich ist, hat der „Träger noch nicht verwirkter Grundrechte“ es nicht in die Urteile des Bundesverfassungsgerichts geschafft. Geblieben ist nur der „Verfassungsfeind“ als Anhänger noch nicht verbotener Organisationen. Der „Verfassungsfeind“ hat keinerlei rechtliche Kontur. Als Attribut des Grundrechtsträgers lässt er sich der Begriff unmittelbar gar nicht konturieren, sondern nur im Umweg über die Anhängerschaft für eine verfassungsfeindliche Organisation.

Und diese Organisationen sind verfassungsfeindlich, wenn sie Anhaltspunkte für Bestrebungen bieten, die gegen den Bestand der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet sind. Die Herrschaft über den Begriff der Verfassungsfeindlichkeit, die lag nun von vorneherein bei der Regierung.

Wir haben es bei der Verfassungsfeindlichkeit mit einer atemberaubenden Vervielfältigung des Präventionsgedankens der „wehrhaften Demokratie“ zu tun. Zunächst bezeichnete er, wie geschildert, noch grundgesetzkonform den Verzicht auf eine objektive Gefahr für die Verfassung als Voraussetzung für Grundrechtsbeschneidungen. Dann aber beginnen seine grundgesetzwidrigen und den antidemokratischen Wurm zur Krake ausbildenden Vervielfältigungen. Den Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht vorgelagert ist das Ausspähen von möglichen Kandidaten solcher Verfahren, die dann aber selbstständigen und vom Bundesverfassungsgericht unabhängigen Freiheitsbeschneidungen unterworfen werden: Berufsverbot, Disziplinarrecht, Förderungszug, Bestrafung - zu Präventionszwecken. Hierfür liegt die Kompetenz in jeder Hinsicht allein bei den Exekutivbehörden. Deren Eingriffsschwelle wird aber ein weiteres mal den Präventionsgedanken verdoppelnd gesenkt. Es genügen tatsächliche „Anhaltspunkte für Bestrebungen“, gefordert sind nicht wenigstens einmal feststellbare „Bestrebungen“, um alle Mitglieder und Anhänger mit zumindest partiellen Grundrechtssuspensionen zu bedrohen.

Um ihre verfassungswidrig angelegene Aufgabe zu erfüllen, hat die Regierung die großen und auch noch geheimen Ämter für Verfassungsschutz geschaffen. Mit ihrer Hilfe sammelt die Regierung im Wege von grundgesetzlich nicht vorgesehener Grundrechtsverletzung durch geheimdienstliche Tätigkeit Informationen. Sie veröffentlicht daraus selektiv und nach tagespolitischer Konjunktur in den jährlichen Verfassungsschutzberichten, den „hoheitlichen Verruferklärungen“, wie Jürgen Seifert sie bezeichnet hat. Und vor allen Dingen kann die Regierung selbst bestimmen, wie weit der Präventionsgedanke getrieben werden soll, wie sicher die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ jeweils gemacht werden soll.

Ein eigentümlicher Effekt besteht darin, dass je weniger Rechtsverstöße der betroffenen Organisation zur Last gelegt werden und werden können, je weniger „Anhaltspunkte“ sie also aufweist, desto absurder wird nicht ihre Inkriminierung

als „verfassungsfeindlich“, sondern desto gefährlicher weil schlauer und durchtriebener wirkt die Organisation. Ich darf hier einen besonders unverfrorenen Beleg aus der Feder des Bundesamtes für Verfassungsschutz einstreuen, der sich auf der Internetseite unter dem Feld „Linksextremismus“ anklicken lässt. Dort heißt es:

„Die extremistische Linke hat es immer wieder verstanden, sich als eine politische Bewegung darzustellen, die in aufklärerischer Tradition stehe, die radikal im besten Sinne sei, nämlich radikaldemokratisch. Sie gibt vor, gegen Unterdrückung und illegitime Herrschaft zu kämpfen. [...] Geschickt benutzen Linksextremisten demokratische und soziale Ansätze, bedienen sich vorhandener Anti-Autoritätsstimmungen [...] So gelingt es ihnen immer wieder, die Unterstützung einer meist jugendlichen Sympathisantenszene zu gewinnen und selbst Nachsicht durch Teile einer sich als kritisch verstehenden Öffentlichkeit zu erfahren.“
[...]

III. In der „wehrhaften Demokratie“ ist die Regierung der Souverän

Über das Konzept der allgegenwärtigen und präventiv „wehrhaften Demokratie“ hat sich letztlich die Regierung des Notstandsinstrumentariums wieder vollständig bemächtigt. Sie beherrscht den Ausnahmezustand, der in seiner Permanenz für die Regierung noch effektiver und für die Bürger noch bedrohlicher ist. Die je gerade im Amt befindliche Regierung hat die Macht festzulegen, wer seine Grundrechte noch genießen darf und wer sie durch Missbrauch schon verwirkt hat. Sie hat die Macht festzulegen, welcher Kritik sie sich stellen will und welcher nicht. Sie muss im Unterschied zu früher nur den kleinen Umweg über das Vokabular des „Verfassungsfeindes“ gehen, aber mehr ist es auch nicht. [...] Der vervielfachte Präventionsgedanke allein schon verführt geradezu zu abenteuerlichen Verdächtigungen. Das geheimdienstliche Herz der „wehrhaften Demokratie“ ermöglicht zudem, die auftretenden Argumentationsklüfte solcher Verdächtigungen zu überbrücken - durch Verweis auf geheimes Material. Und nicht zuletzt schließt die Macht, den Verfassungsfeind zu definieren, mit ein zu bestimmen, was denn überhaupt in der Verfassung steht und was ihre zu verteidigenden Werte sind. Damit werden die vorgeblichen materialen Gehalte der Verfassung auch noch der Autorität der Regierung unterstellt - ganz ohne Diskurs, Konsens, Zivilgesellschaft, Streit und was nicht alles Schönes.
[...]

Wenn wir die Geheimdienste abschaffen wollen, genügt es nicht, ihre Skandale, Übertreibungen und Exzesse zu kritisieren. Wir müssen einen Kampf gegen das Konzept der wehrhaften Demokratie führen, das die Regierung zum Souverän über den permanenten Ausnahmezustand erhoben hat. Ein politischer Kampf im Namen unbeschränkbarer Freiheiten einer radikaldemokratischen Gesellschaft in offener Verfassung

Einleitungstext zu 3.5.

Die Versuche von Nazis, öffentlich zu demonstrieren, haben in den vergangenen Jahren merklich zugenommen. Als die Bundesregierung 2001 ein Verbotungsverfahren gegen die NPD auf den Weg brachte und das Bundesverfassungsgericht im selben Zeitraum mehrere Urteile fällte, die seither das

Demonstrationsrecht merklich einschränken bzw. dem Staat mehr Handhabe-Möglichkeiten gegen Demos zusprechen, löste dies in der bundesdeutschen Linken eine Debatte über ein Verbot von Nazi-Demos aus. Auch bei JD/JL wurde diese Frage viel und kontrovers diskutiert. Anders als die überwiegende Mehrheit der bundesdeutschen Linken, die sich für ein Verbot von Nazi-Demos aussprach und spricht, setzte sich bei Jungdemokraten die Position durch, in den Demonstrationsrechtseinschränkungen vor allem einen Angriff auf Grund- und Freiheitsrechte zu sehen, diese zu verurteilen und für die Wiederherstellung und Einhaltung des Demonstrationsrechts einzutreten, auch für Nazis.

Der nachfolgende Text von Stefanie ist im Kontext dieser Debatte und aus Anlass einer NaziDemo am 1. Mai in Frankfurt/Main entstanden und im Juni 2002 im „!“, der Zeitung der Frankfurter Hochschulgruppe Demokratische Linke, erschienen.

3.5. Grundrechte verteidigen! - Nazis wegemonstrieren! von Stefanie Jancyk

Frankfurt 1. Mai 2002. Nach langem Hin und Her war es endlich raus: Von 9.00-11.30 sollte es den Nazis erlaubt sein in Fechenheim zu demonstrieren. Doch daraus wurde nichts: Die Polizei führte bei den angereisten Nazis Leibesvisitationen und erkennungsdienstliche Behandlungen durch und dehnte diese so lange aus, bis die Nazis gegen 11.00h, ohne Aussicht auf Erfolg, auch nur einen Schritt demonstrieren zu können, von Dannen zogen. Unterstützung für dieses Vorgehen fand sich in der gesamten bürgerlichen Öffentlichkeit und nicht zuletzt auch in der Linken. Schließlich traf es doch eigentlich die Richtigen. Doch so verständlich es auch sein mag, den Nazis alles Übel dieser Welt an den Hals zu wünschen, so problematisch ist es, dass repressive Vorgehen der Polizei nicht scharf zu kritisieren. Denn hierbei handelt es sich nicht um wirksames Vorgehen der Polizeikräfte „gegen Rechts“, sondern in erster Linie um einen Anschlag auf Demonstrationsfreiheit und Demokratie. Im Kern handelt es sich um eine Maßnahme der politischen Justiz.

Kritik der Linken wäre dabei schon aus rein egoistischen Gründen angebracht: Was sich diesmal noch gegen den Gegner wendet, kann bei nächster Gelegenheit schon einen selbst treffen. Denn wann und gegen wen solche repressiven Methoden in Anschlag gebracht werden, entscheiden staatliche Stellen aufgrund von politischen Machtkalkülen. Dass dies so ist, hat spätestens die Verschärfung der Ausreisebestimmungen gezeigt: Eingeführt wurde diese Einschränkung des Grundrechts auf Bewegungsfreiheit, um angeblich lediglich die Reise gewalttätiger deutscher Hooligans zur Fußball-EM unterbinden zu können, wurden sie im Zuge der Genua-Proteste kurzer Hand auch auf Globalisierungskritiker angewandt. Teilweise reichte die einmalige erkennungsdienstliche Behandlung auf einer Demonstration aus, um Globalisierungskritiker als potentielle „Demo-Hooligans“ oder „Randle-Touristen“ zu stigmatisieren und ihnen die Ausreise aus der Bundesrepublik zu verwehren.

Vor solcherlei Staatswillkür schützen uns nur die Grundrechte. Bedingungslos garantieren sie uns einen Freiheitsbereich (Meinungs-, Versammlungsfreiheit usw.), der eben frei ist von

staatlichem Zugriff und Zensur. Diese Rechte sind für eine freie Gesellschaft und einen von ihr getragenen demokratischen Staat konstitutiv. Unzensurierte Willenbildungs- und Organisationsprozesse der Bevölkerung bringen legitime Regierungsgewalt erst hervor. Sie sind nur verwirklicht, wenn die Grundrechte für alle gelten. (Quasi-)Verbote bestimmter Meinungen und Versammlungen sind mit Demokratie nicht vereinbar. Schon das die Nazis am 1. Mai nur in Fechenheim demonstrieren durften, ist ein massive Verletzung des Demonstrationsrechts. Doch dass eine legale, genehmigte Demonstration durch die Polizei unterbunden wurde, ist eben schlicht politische Justiz.

Mancher Linker wendet dagegen ein, dass dies ja prinzipiell richtig sei, Nazis aufgrund der deutschen Geschichte aber eine Ausnahme darstellten: Demonstrationsfreiheit ja, außer für Nazis. Nur um eins klarzustellen: Sollte es jemals wieder ein solches Kapitel in der deutschen Geschichte geben, sollte man sich in der Situation vom Rechtsstaat verabschieden und alles Erdenkliche für den Widerstand tun. Aktuell sind wir aber zum Glück weit davon entfernt quasi kurz vor einer erneuten „Machtergreifung“ zu stehen. Zwar gibt es ein bedenkliches Potential an Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, doch verfügen wir auch über funktionierende - wenn auch in vielerlei Hinsicht kritikwürdige - demokratische Strukturen und Kräfte, die es uns ermöglichen mit diesem umzugehen. Davon ab ist es ein Trugschluss zu glauben, autoritäre Methoden, wie Verbote, würden Rechtsradikalismus wirksam und nachhaltig bekämpfen. Er verschwindet lediglich für einen Moment lang unterhalb der öffentlichen Sichtbarkeitsgrenze, bleibt aber als Überzeugung bestehen und wird bei nächster Gelegenheit, u.U. sogar umso schärfer, erneut hervortreten.

Sollen wir etwa keine Gegendemos machen und versuchen Naziaufmärsche zu verhindern? Doch sollen wir. Aber es ist eben Aufgabe unseres bürgerschaftliches Engagements, die Aufmärsche zu verhindern und nicht Sache der Polizei. Ein solches Engagements unterscheidet sich von der politischen Justiz-Methode dahingehend, dass hier nicht der Staat die Grundrechte verletzt, sondern das die Bürgerinnen und Bürger ihr Recht auf Demonstrationsfreiheit und Meinungsäußerung wahrnehmen, ziviles Engagement zeigen, argumentativ und in großer Zahl präsent sind und den Nazis den öffentlichen Raum streitig machen. Aber wenn der Staat entscheidet wer Demonstrieren darf, Demos faktisch der Genehmigung bedürfen, dann haben die Nazis am ersten Mai einen riesengroßen Sieg eingefahren. Nazis wegemonstrieren!

3.6. Wozu Strafen? von Florian Rödl

Durch Strafrecht werden Menschen kontrolliert, überwacht, verhört, genötigt, erpresst, eingeschlossen. Sollten wir es nicht einfach abschaffen? Das richtet sich nicht nur auf die Abschaffung von Knästen, sondern gegen den eigenen Anspruch des Staates, Menschen zu bestrafen. Mit Strafrecht bezeichne ich das ganze institutionelle Gefüge von Strafgesetzen, Strafrechtswissenschaft, Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei, Gefängnis / Strafvollzug, Strafgerichte.

Gängige Strafzwecke: eine immanente Delegitimierung

„Warum willst du, dass ein Totschläger ins Gefängnis

kommt?“ - „Er hat doch einen anderen totgeschlagen!“ Zirkulär sind sie oft, die ersten Antworten auf die Frage nach dem Grund der Strafe. Wahrscheinlich verbirgt sich in der mechanischen Wiederholung des Namens des Verbrechens ein Verweis auf den Strafgrund von Vergeltung oder Rache, indem sich die Strafe durch die Tat scheinbar selbst erklärt. Fragt man nach, traut sich niemand mehr, Vergeltung um Gottes oder der Sittlichkeit Willen zu fordern.

Das heute gängige Begründungsmuster staatlichen Strafens heißt Prävention - vorbeugende Verhinderung von Straftaten. Prävention als Straflgitimation sollte metaphysisch-religiös begründetes Vergelten durch eine zweckrationale Begründung ersetzen. Anders ausgedrückt: Der Strafzweck Prävention behauptet, dass staatliches Strafen zu etwas Nutze ist. Unterschiedliches wird dabei behauptet:

(1) Resozialisierung: Durch Strafe findet der Mensch, der sich durch seine Untat als asozial erwiesen hat, wieder zur gesellschaftlichen Norm zurück und hält sie zukünftig ein.

(2) Spezialprävention: Durch Strafe wird die Gesellschaft vor dem Täter, der immer potentieller Wiederholungstäter ist, geschützt.

(3) Negative Generalprävention: Die anderen potentiellen Täter werden durch die Aburteilung ihrer Geschwister im Geiste von eigenen Untaten abgehalten.

Zentrale Irrtümer sind den einzelnen Varianten gemeinsam: Durch die Bestrafung, die Tätigkeit der Strafverfolgungs-Institutionen und die begleitenden öffentlichen Diskurse sollen die Menschen angeblich zu rechtstreuem Handeln motiviert werden. Empirisch lässt sich diese Behauptung nur schwerlich belegen. Aber selbst bei Verzicht auf Empirie ist sie nicht einmal plausibel. Sie macht eine Reihe starker Voraussetzungen:

(1) Die Entscheidung der Akteure für und wider eine Straftat müsste nach rationalen Nützlichkeitskriterien getroffen werden. Viele Verletzungen von Personen haben ihren Ort in vermachteten sozialen Näheverhältnissen. Hier geht es bei einer Straftat regelmäßig um den Ausgleich seelischer Verletzungserfahrungen, eine Situation, die in keiner Weise mehr rationalen Kalkülen zugänglich ist, weil der/die Betroffene buchstäblich „nicht mehr weiter weiß“ oder schlicht ausgerastet ist. Weiterhin fehlt allgemein in dieser unterstellten Nützlichkeitsrechnung eine ganz entscheidende Größe: die Entdeckungswahrscheinlichkeit; und subjektiv hoffen alle, sich staatlicher Strafe entziehen zu können. (Deswegen darf der steuernde Effekt staatlichen Strafens auch nicht mit einer Blitzampel verglichen werden, deren Standort man womöglich auch noch kennt. Natürlich fährt man da nur bei grün!) Allenfalls im Bereich der Kleinkriminalität, wie Schwarzfahren oder Ladendiebstahl, mögen Vor- und Nachteile ökonomisch überhaupt abgewogen werden. Die zivilrechtlichen Instrumente (wer schwarzfährt, schließt - juristisch gesehen - einen Beförderungsvertrag über 60 DM ab) und die Peinlichkeit bei Entdeckung haben bereits den gleichen Effekt.

(2) Die Abstraktion von den sozialen Kontexten einer Handlung und den Umständen der konkreten Tat-Situation, die das Strafsystem durch die Fassung unter allgemein formulierte Straftatbestände erzwingt, müsste dem Handelnden bekannt und präsent sein. Wer findet bspw. schon, dass Territoriumskämpfe von Jugendgangs und ein seine Frau verprügelnder Ehemann gut zu vergleichen sind, weil beide Male eine Nase gebrochen wird (Körperverletzung, § 223 StGB)? Schon gar nicht die Beteiligten.

(3) Die spezifischen Normen des Strafrechts müssten auch die Normen desjenigen sozialen Kontextes prägen, in den der einzelne Akteur eingebunden ist (bspw. Börsenmaklerzirkel, Bordell, Graffiti-Sprayer, Frauenlesben-Projekt). Dabei bestehen in unterschiedlichen sozialen Zusammenhängen komplexe Normensysteme, die sich auch noch ständig verändern. Auf ihre Verletzung wird innerhalb des Zusammenhangs gewaltförmig oder zivil reagiert. Mit dem Strafrecht haben diese Normgefüge meist nicht viel gemein, sie verstoßen bisweilen dagegen. Drum: mit den Präventionskonzepten zur Verhaltenssteuerung ist es nicht weit her.

Strafrecht stellt herrschende Moral öffentlich dar

Versteht man unter symbolischer Politik, dass in Ersetzung effektiver steuernder Maßnahmen zur Bearbeitung sozialer Probleme ineffektive aber legitimationsstiftende Maßnahmen ergriffen werden, die eine Lösung suggerieren, dazu aber von vorneherein nicht geeignet sind, dann ist Strafrecht der Inbegriff symbolischer Politik. Durch das Strafrecht werden gesellschaftliche Konflikte individualisiert, die im Konstrukt Kriminalität nur ihren symbolischen Ausdruck finden. Die dazu berufenen Instanzen können den Täter finden und durch Aburteilung moralisch ächten. Wie durch andere symbolische Politikformen - Umbenennung von Behörden, Umschichtung von Defiziten zwischen Renten- und Arbeitslosenkassen - demonstriert staatliche Politik durch Strafrecht und Strafverfolgung Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit. Andererseits bleiben Strafmaßnahmen bezogen auf den von ihnen behaupteten Zweck - Schutz durch Verhaltenssteuerung - wirkungslos.

Das heißt aber nicht, dass Strafrecht gesellschaftlich folgenlos wäre. Die Konsequenzen zeitigt das Strafrecht als symbolische Politik auch auf einer symbolischen Ebene: Strafrecht stellt eine Moral öffentlich dar. Das Strafrecht gibt öffentlich moralische Maßstäbe und Argumente vor, die die herrschende Gesellschaftsordnung verankern und gegen Kritik absichern. Wunderbar deutlich wird das, wenn Strafrechtslehrer vom Strafrecht als „ethischem Minimum der Gesellschaft“ sprechen. Die Fragen nach dem für und wider ihrer Rahmenbedingungen werden moralisiert und dadurch entpolitisiert.

Und wär's eine bessere Moral?

Dieser Vorwurf gegen das Strafrecht reicht über die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse hinaus. Er trifft auch diejenigen, die meinen, dass nur die Richtigen auf den Strafverfolgerstühlen sitzen müssten. Solche Protagonisten, auch „atypische Moralunternehmer“ genannt, schlagen vor, nicht mehr die Ladendiebe zu verfolgen, sondern die Wirtschaftskriminellen und Steuerhinterzieher (SPD), die Umweltkriminellen (GRÜNE) etc. Auch sie individualisieren politische Konflikte. Soziale Ungerechtigkeit, bedrohte Lebensbedingungen, Geschlechterverhältnisse erscheinen nicht mehr als Produkt der gesellschaftlichen Ordnung und sozialer Kämpfe, sondern als Effekt von moralischen Verfehlungen einzelner. Jede Fraktion schafft sich klientelorientiert ein Feindbild, um es dann mit aller Entschlossenheit zu bekämpfen. So reden auch die Vertreter eines besseren Strafrechts einer antidemokratischen

moralischen Absicherung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse jenseits von Politik das Wort.

Brauchen wir eine Alternative?

Wer vom notwendig antidemokratischen Charakter und der Nutzlosigkeit des Strafrechts für den Schutz von Leib und Leben von Menschen, von der strukturellen Gewaltposition der Strafverfolgungsapparate und der konkreten Brutalität der Sanktionen für die Verfolgten überzeugt ist, kann es sich leicht machen: Alles ist besser als staatliches Strafen, auch wenn es ersatzlos entfiel.

Überdies muss man sich die einzelnen Bereiche, in denen Strafrecht eingesetzt wird, genauer ansehen. Zu vielen Straftatbeständen, bspw. Versammlungsstrafrecht, braucht es ganz deutlich keine Alternative. In anderen Bereichen verhindert das Strafrecht strukturell eine Lösung von Problemen. Gesucht ist hier keine Alternative zum Strafen, sondern etwas ganz anderes: Zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen war das Umweltstrafrecht nicht geeignet, seine Abschaffung macht es aber vielleicht möglich, den politischen Kampf darum wieder zu eröffnen. Gleiches gilt für die meisten Bereiche des Wirtschaftsstrafrecht (Arzneimittel-, Wertpapier-, Außenhandelsstrafrecht etc.).

Es bleibt der Bereich der unmittelbaren Bedrohung von Leben und körperlicher Integrität, das sog. Kernstrafrecht. Schon jetzt hat jeder Verletzte einen Anspruch auf finanziellen Ausgleich. Viele Strafprozesse werden nur geführt, um diese zivilrechtlichen Ansprüche durchzusetzen. Hier sollte man sicherlich im Zivilprozessrecht etwas ändern, um die sozialen Machtverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft zurückzudrängen (die sexuell genötigte Mitarbeiterin muss bspw. staatliche Hilfe zur Beweisführung erhalten, um ihren eigenen Anspruch - nicht den staatlichen Strafanspruch - gegen den Chef durchzusetzen). Wahrscheinlich reicht aber das bisherige Instrumentarium des zivilrechtlichen finanziellen Ausgleichs nicht aus, um den Konflikt zwischen den Beteiligten so zu regulieren, dass sie hinterher beide damit leben können. Weitere Ausgleichsmöglichkeiten müssten da noch erdacht und ausprobiert werden.

Und wie werden die Mitglieder der Gesellschaft vor dem Massenmörder oder -vergewaltiger, dem „Kindesmissbraucher“ geschützt? mag man fragen. Wichtig erscheint es hier zunächst, die Größenordnung dieser Fälle pathologischer [krankhaft, abnorm] Mehrfach Täter festzuhalten. Wer diesen Schutz durch Strafen und Einsperren für letztlich notwendig befindet, kommt mit einem Strafgesetzbuch, das keine 10 Tatbestände enthält, und einem einzigen Gefängnisbau in der Bundesrepublik aus. Dennoch bleibt die Frage legitim und drängend. Denn es fällt nicht nur schwer, bspw. mehrfache Kindesmisshandlung in das Vokabular von sozialen Kämpfen zu übersetzen. Die Übersetzung scheint zudem keinen rationaleren und effektiveren Zugang zur Vermeidung der manifesten Verletzung persönlicher Integrität zu eröffnen, schlichter: Man kann einfach die gesellschaftlichen, sozialpsychologischen Veränderungen (die Stellung der Frau, des Kindes und allgemein eines Jeden betreffend), die Erscheinungen von pathologischen Mehrfach Tätern unmöglich machen sollen, nicht abwarten. Aber dennoch hat diese Sorge um den zukünftigen Schutz von Personen mit dem Strafen im Grunde nichts zu tun. Man muss darüber sprechen, in welchen Verfahren und Prozeduren die pathologischen Mehrfach Täter

identifiziert werden können und was mit ihnen geschehen sollte, um sie an der Verletzung anderer zu hindern, und dabei zugleich ihre Freiheit so weit als irgend möglich zu erhalten. (Das ist angesichts des Zustands der psychiatrischen Landschaft, die dafür institutionell zuständig erschiene, keine Forderung, die leicht über die Tasten geht. Die Feststellung, dass das Feld der Psychiatrie selbst umkämpft ist, kann aber nicht dazu führen, ihm weitere Kampffelder zu entziehen und die entsprechenden Menschen lieber dem völlig disfunktionalen Strafsystem zu überlassen.) Man muss versuchen, die Pathologien aufzuklären, um für jeden einzelnen die notwendigen Schutzmaßnahmen für andere einerseits und die individuellen Möglichkeiten für Prozesse der Emanzipation von der Pathologie andererseits ausloten zu können. Das bedeutet einen Verzicht auf jede Verallgemeinerung. Das Strafsystem aber fragt nach der zurückliegenden Erfüllung allgemeiner Tatbestände und nach einem allgemeinen Maß der Schuld. Darum erfährt das Interesse an Schutz vor pathologischen Mehrfach Tätern eine allenfalls oberflächliche Befriedigung durch die Grundmechanismen des Strafrechts. Die richtige Antwort liegt jenseits des staatlichen Strafens.

Kapitalismus ohne Strafrecht? - Strafrecht ohne Kapitalismus?

Foucault zufolge bündeln sich in der modernen Strafpraxis eine Anzahl der für die kapitalistische Disziplinargesellschaft charakteristischen Normierungstechniken, bspw. Armee, Schule, Fabrik (Foucault, M., Überwachen und Strafen, 1977, Teil III, S. 173 - 250). In diesem Sinne mögen Strafrecht und bürgerliche Ordnung verknüpft sein. Falsch wäre aber der Umkehrschluss, dass eine andere als die bürgerliche Ordnung mit einem öffentlichen Strafanspruch nichts anfangen könnte, ebenso, dass die bürgerliche Ordnung für ihre Stabilität auf das Strafrecht angewiesen ist. Denn es gibt andere Möglichkeiten, Moral öffentlich darzustellen, und es gibt andere Techniken - effektivere und feinere -, Menschen zu disziplinieren. Die ideologischen Staatsapparate - bspw. Parteien, Medien, Schule - sind ganz ohne Strafrecht in der Lage darzustellen und aufzuzeigen, wie sich der Arbeitnehmer / Arbeitslose zu verhalten hat, wie er zu verstehen hat, was eine gerechte Güterverteilung ist etc. (dazu Cremer-Schäfer, H., Normklärung ohne Strafe. Über die gesellschaftlichen Bedingungen der Verzichtbarkeit von Kriminalität und Strafe für das Darstellen herrschender Moral, in Peters, H. (Hg.), Muß Strafe sein, 1993). Schaffen wir das Strafrecht ab, wird das dem Kapitalismus wenig anhaben, wir sind aber eine Menge struktureller und manifester Gewalt los. Und es gibt keine Gründe anzunehmen, öffentliches Strafen von Menschen habe einen guten Platz in einer freieren Gesellschaft.

Kommentar:

Dies war nach dem Einleitungsteil der dritte Themenkomplex der Broschüre. Wer sich an der Debatte beteiligen möchte, kann seine Beiträge hierzu gern bei der Redaktion einreichen, die natürlich immer in voller Länge und unverändert in die Debatte eingehen werden.

Friedliche Revolution in die Freiheit und eine wehrhafte Demokratie!

<https://www.rnd.de/politik/steinmeier-demokratie-braucht-kluge-und-wehrhafte-verteidiger-TVO6EZPNYBHY7MRL4NSVJBDICE.html>

Demokratie

Herrschaftsform, die vom Volk ausgeht

Demokratie (altgriechisch δημοκρατία *dēmokratía* „Herrschaft des Staatsvolkes“, von δῆμος *dēmos* „Staatsvolk“ und κράτος *krátos* „Gewalt, Macht, Herrschaft“) bezeichnet heute Herrschaftsformen, politische Ordnungen oder politische Systeme, in denen Macht und Regierung vom Volk ausgehen (Volksherrschaften).

Quelle: Wikipedia am 29.06.2021

Steinmeier: „Demokratie braucht kluge und wehrhafte Verteidiger“



- Vor 150 Jahren wurde der preußische König Wilhelm I. zum Kaiser ausgerufen.
- Gibt es da etwas zu feiern? Welche Rolle spielt das Erbe des Kaiserreichs noch?
- Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier diskutiert darüber im Schloss Bellevue mit Historikern.

aus einem Artikel von Jan Sternberg 13.01.2021

Natürlich meint Herr Steinmeier nicht wirklich die Herrschaft des Volkes, sondern die Herrschaft von Vertretern, die nicht an dem Willen ihrer Wähler gebunden sind und völlig freie Hand haben. Leider hat dies immer nur dazu geführt, dass sich die reichsten Oligarchen den Politapparat kaufen konnten und die Wähler faktisch kaum einen Einfluss auf die Entscheidungen dieser ihrer „Vertreter“ (eigentlich sind es Vormünder) haben. Wenn also solche Vertreter von Demokratie sprechen, dann meinen sie eine ganz spezielle Form, in der sie selbst auf jeden Fall immer die „Herrscher“ sind und bleiben wollen. Natürlich mit Hilfe der gesamten Staatlichen Gewalt gegen jeden der ihre Herrschaft auch nur ansatzweise in Frage stellt. Aus diesem Grunde ist die „Meinungsfreiheit“ auch durch Gesetze ihrer Wahl ein zu schränken und Opponenten durch die Staatsgewalten vorsichtshalber zu beobachten. Natürlich beanspruchen sie auch die Definitionshoheit über alle wichtigen Begriffe, wie zum Beispiel „Demokratie“:

Wörterbuch

Definitionen von Oxford Languages

Nach einem Begriff suchen



De·mo·kra·tie

/Demokratié/

Substantiv, feminin [die]

- 1a. [ohne Plural] politisches Prinzip, nach dem das Volk durch freie Wahlen an der Machtausübung im Staat teilhat
"zu den Prinzipien der Demokratie gehört die freie Meinungsäußerung"
- 1b. [ohne Plural] Regierungssystem, in dem die vom Volk gewählten Vertreter die Herrschaft ausüben
"eine parlamentarische Demokratie"

Revolutionäre Veränderungen welche die Freiheit zum Ziel haben, können nicht mit Gewalt gegen die Mehrheit des jeweiligen Staatsvolkes herbeigeführt werden.

Veränderungen die einen revolutionären Charakter haben, sind erst dann sicher, wenn sie in Verfassungen und Gesetzen verankert sind, die sich ein Staatsvolk in freier Entscheidung selbst gegeben hat. Dies kann natürlich kein gewaltsamer Akt sein.

Wo die Gewalt herrscht, gelten letztendlich keine Verfassungen und keine Gesetze, dort sind sie ambivalent. Unter diesem Aspekt müssen auch alle Gesetze betrachtet werden, die gerade von den jetzt Herrschenden gegen uns verwendet werden. Diese gelten in der Regel nur für uns, denn

sie können sie ja zu jeder Zeit so ändern, oder auslegen wie es ihnen passt. Sie sind die Herrscher!

Der Mensch, sofern er ein politisches Wesen ist, existiert in dem miteinander Sprechen. Die beiden berühmten aristotelischen Definitionen über die Menschen, dass wir 1. Sprache begabte und 2. politische Wesen sind, ergänzen sich in der Erfahrung des griechischen Lebens in der Polis (Bürgergemeinde).

Es handelt sich nicht darum, dass die Sprache hilflos ist, wenn ihr die Gewalt gegenübertritt, sondern viel mehr darum, dass die Gewalt an sich stumm und unfähig ist, sich in Worten zu äußern.

Weil die Gewalt stumm ist, gibt es auch keine politische Theorie über diese, sondern ein Handwerk der Krieger und eine Auseinandersetzung mit Gewaltmittel überlässt man besser den technischen Experten, welche dieses Handwerk beherrschen.

Im Allgemeinen geht das Volk der Gewalt aus dem Wege, weil es nicht seinem Naturell entspricht und versucht seine Angelegenheiten in der Polis (Bürgergemeinschaft) mittels Sprache und Verhandeln zu klären. Auf dieser Ebene angelangt, ist die Gewalt nicht mehr von Nöten und genau das ist eigentlich das **Ziel jedes gewaltsamen Konfliktes - ihn zu beenden.**

Wenn wir heute also nicht in der Lage sind, mit den herrschenden Oligarchen auf Augenhöhe unsere Probleme mit ihnen zu verhandeln, dann deshalb, weil sie nicht mit uns verhandeln wollen und wenn wir dagegen aufbegehren, sie ihre Experten für Gewalt gegen uns schicken. Wir leben also ständig in einem Gewaltverhältnis mit den herrschenden Oligarchen und ihren Experten für Gewalt.

Wir sind also aller Orten von Gewalt der Herrschenden umgeben und versuchen die direkte Berührung mit Gewalt zu vermeiden, genau wie Tiere, die mit einem Elektrozaun umgeben sind. Wir wissen genau was wir nicht tun dürfen, um weitere gewaltsame Erfahrungen zu vermeiden.

Aber wir können sprechen und sind politische Wesen!

Menschen wollen in der Regel miteinander sprechen und verhandeln um ihre Probleme zu lösen. Wir sind also gesellige Wesen die dazu neigen Gesellschaften zu gründen um Probleme als Gemeinschaft überhaupt und besser lösen zu können. **Doch eine humanistische Gemeinschaft kann nicht auf Gewalt zwischen Menschen gebaut werden, nicht auf ein Rollentausch in einem Gewaltverhältnis, nicht auf ein wechselndes Verhältnis zwischen Herrschern und beherrschten.**

Wer glaubt gegen Experten der Gewalt, gewaltsam einen Erfolg erringen zu können, hat die Funktion eines Gewaltverhältnisses nicht verstanden. Es kommt gerade darauf an, unsere Gegner in eine Situation zu manövrieren, wo ihnen ihre militärische Überlegenheit nichts mehr nützt und das kann eben nicht die Ebene der Gewalt sein. In jeder Auseinandersetzung mit uns wünschen sie sich immer die gewaltsame Ebene und schummeln sie sogar herbei, in dem sie Experten in unsere Reihen entsenden, die dann von unserer Seite aus Gewalt verüben, um den Herrschern einen Vorwand für Gewalt gegen uns zu liefern.

Aus diesem Grunde fördern sie auch alle gewaltsamen Initiativen aus unseren Reihen mit Spitzeln, um sie für ihre Propaganda und zur Rechtfertigung ihrer Aufrüstung gegen

uns zu benutzen.

Sie wünschen sich immer die Ebene der Gewalt zwischen uns und ihnen, weil sie nur durch Gewalt herrschen können. In Anbetracht dieser Tatsache und unserer militärischen Unterlegenheit, kann Gewalt nicht das Mittel unserer Wahl sein.

Wir benötigen eine Strategie, die auf ihre Schwachpunkte zielt und die Ebene der Gewalt konsequent vermeidet. Im Militär ist bekannt, dass Angreifer meist eine vielfache Überlegenheit benötigen, wenn sie wenige, aber gut verschanzte Verteidiger überwinden wollen. Der fürchterlichste Feind für Gewalt-Experten ist aber derjenige, welcher sich nie auf einem Schlachtfeld zeigt, den sie deshalb nie schlagen können, der für sie nicht greifbar, aber dennoch allgegenwärtig ist.

Polizisten und Soldaten müssen essen, trinken, brauchen Wasser, Treibstoff, Ersatzteile, Unterkünfte, Strom, brauchen personellen Nachschub, usw. Wenn wir uns weigern, ihnen diese Dinge freiwillig gegen uns zur Verfügung zu stellen, kommt dieses Gewaltssystem sehr schnell an seine praktischen Grenzen.

Wer jetzt einwenden möchte, dass die Soldaten ja zu unserem Schutz da sind, den möchte ich darauf aufmerksam machen, das eine lächerlich kleine Truppe von Söldnern, die in der ganzen Welt damit beschäftigt ist, die Interessen der Oligarchen gegen unterlegene Völker zu erkämpfen, uns im Ernstfall gegen einen ebenbürtigen Gegner überhaupt nicht schützen kann. Dies ist nur durch eine Armee von Wehrpflichtigen und deren Reservisten möglich, also nur durch uns selbst. Ein kriegerischer Konflikt zieht unausweichlich die Bewaffnung eines sehr großen Teils der Bevölkerung nach sich, was sie nur ungern machen, weil in jedem kriegerischen Konflikt, die Hydra der Revolution lauert!

Es kann nicht im Interesse eines Staatsvolkes sein, durch einen Krieg bewaffnet zu werden, um dann in der Folge eines Krieges die Anhängerschaft von Oligarchen zu entwaffnen und anschließend eine gewaltfreie Gesellschaft auf zu bauen. Dies ist immer die denkbar schlechteste Variante und wird in der Regel von allen Völkern abgelehnt.

Die Staatsgewalten werden von einem Staatsvolk benötigt, um die Grenzen seines politischen Bereichs zu schützen, aber nicht um die Souveränität anderer Staatsvölker zu verletzen. Diese entspricht auch dem gängigen Völkerrecht, wie dem der **Selbstbestimmung der Völker.**

Kriege und gewaltsame Rebellionen stehen außerhalb des politischen Raumes, aber ein politischer Raum ist ohne den Schutz der demokratischen Regeln durch seine Staatsgewalten nicht möglich.

Wenn wir von einem vor politischen Naturzustand ausgehen, in dem es noch gar keine Verfassungen oder Gesetze gab, um die Gewalt zwischen uns Menschen einzuhegen, oder gar verhindern zu können, stellt sich für uns heute die Frage, ob wir bereits in einem humanistischen Zeitalter ohne Gewalt angekommen sind?

Heute besteht die Aufgabe der Soldaten vordringlich nicht darin, Kriege zwischen Imperien zu gewinnen, sondern solch einen Krieg durch Abschreckung zu verhindern.

Wir leben seit dem Ende des letzten Weltkrieges im Zeitalter des „Kalten-Atom-Krieges“ zwischen den Imperien. Heiße Kriege finden in diesem Zeitalter nur an den Rändern der Imperien statt. Würden Atomwaffen erst einmal eingesetzt, ist jedes weitere Zeitalter schwierig.

Dies ist eine besondere und völlig neue Situation in der Militärgeschichte. Weltkriege können nicht mehr auf dem Schlachtfeld gewonnen werden und entscheiden sich durch das technische Wettrüsten der Imperien. Wer dieses langfristig nicht durchhalten kann, ist gezwungen sich zu ergeben und darf vom Gewinner ausgeplündert werden.

Russland und China haben gerade mit defensiven Raketen gepunktet, die jede NATO-Rakete vor ihrem Einschlag abfangen könnte. Das verschafft uns allen wieder etwas Zeit, um eine friedliche Umgestaltung der Gesellschaft in den Zentren des gegenwärtig aggressiveren NATO-Imperiums zu beginnen und die Völker der anderen Imperien, wie zum Beispiel in China und Russland auf dem selben Wege zu unterstützen.

Eine nationale Lösung gibt es in einer globalisierten Welt nicht mehr, weil jede revolutionäre Veränderung im Lager eines Imperialisten, sofort ein militärisches Eingreifen zur Folge hätte. Das führt uns ganz genau zur Notwendigkeit eines modernen Internationalismus, der nicht an einer speziellen Klasse fest gemacht werden kann, weil es ja im Endeffekt um die Existenz aller Menschen geht, egal welcher sozialen Klasse sie angehören. Das Ziel kann nur eine klassenlose Gesellschaft sein, in der es keine sozialen Privilegien für bestimmte Menschengruppen durch das Recht auf Eigentum, also das Recht auf Ausbeutung anderer Menschen mehr gibt, weil nur dies den inhumanen Konflikt zwischen uns beenden kann.

Freiheit, oder die „soziale Frage“!

Im Laufe der letzten 200 Jahre tauschten besonders kleinbürgerliche Revolutionäre wegen ihrer Befangenheit gegenüber dem Eigentumsrecht das Ziel von Revolutionen „die politische Freiheit für aller Menschen zu erringen“, gegen „die Lösung der sozialen Frage“ aus.

Wer nicht die politische Freiheit aller Staatsbürger herstellen möchte, weil er dessen Herrschaft wegen seiner sozialen Privilegien fürchtet, kann natürlich nur auf die Lösung der sozialen Frage ablenken und soziale Zugeständnisse anbieten, die seinen sozial privilegierten Status nicht gefährden.

Da das Großbürgertum durch eine Oligarchie herrscht, also durch die verdeckte Herrschaft der reichsten Oligarchen, benötigt das Kleinbürgertum, wenn es seine sozialen Privilegien, welche aus dem Eigentumsrecht entspringen, erhalten will, gegen die Klasse über sich und gegen die Klasse der Lohnabhängigen eine Diktatur als Staatsform. Nur durch eine Diktatur ist die Klasse des Kleinbürgertums immer nur vorübergehend dazu in der Lage, die Macht des Großbürgertums diktatorisch zu begrenzen und die sozialen Probleme der Lohnabhängigen soweit zu befriedigen, dass sie vorerst nicht aufbegehren und ihr soziales Los möglichst lange ertragen.

Das Ziel des Kleinbürgertums ist also nie die radikale Veränderung des politischen und ökonomischen Systems hin zur Freiheit und damit zur Demokratie (Herrschaft eines Staatsvolkes), weil dies sofort die soziale privilegierte Stellung des Kleinbürgertums beenden würde.

Dies würde deshalb eintreten, weil die Lohnabhängigen die zahlenmäßig größte Klasse darstellen und wenn alle Lohnabhängigen die zum Beispiel in Deutschland arbeiten und Steuern zahlen, gleichberechtigt an der Gesetzgebung teilnehmen dürften, ja auch die ca. 40-50 % der

zugewanderten Lohnabhängigen in den Städten ohne Bürgerrechte, dann wären Privilegien jeglicher Form rasch abgeschafft und sehr schnell gleiche politische und soziale Ausgangsbedingungen für alle Menschen hergestellt. Aus diesem Grunde tendieren Groß- und Kleinbürger immer wieder dazu, jede ernsthafte Demokratisierung der Gesellschaft zu verhindern und lenken mit dem Anbieten von Almosen, von der „politischen Freiheit“, auf das Placebo der „Lösung der sozialen Frage“ ab. Wir sollen um jeden Preis die Finger von der politischen Herrschaft lassen und uns damit begnügen, dass ihr „Mitgefühl für unsere soziale Lage“, schon alles dafür tun wird, damit es uns recht bald unter „ihrer Herrschaft“ besser ergeht.

Wie das läuft, haben wir doch jetzt die letzten ca. 200 Jahre erlebt. Dieses Theater können nur die Lohnabhängigen selbst beenden, in dem sie solchen Versprechen nicht mehr glauben und sich nicht mehr von der eigenen Machtergreifung durch das Versprechen der „Lösung ihrer sozialen Frage“ durch „Vertreter“ veräppeln lassen.

Wenn das Kleinbürgertum zur „Lösung unserer sozialen Frage“ aufruft und seine Diktatur meint, dann gibt es da eine Linke und eine rechte Variante seiner Diktatur und nichts verkörpert diese beiden Varianten besser, als die Namen zweier Diktatoren aus der Geschichte des Letzten Jahrhunderts „Stalin“ und „Hitler“.

Wenn das Großbürgertum die Wahl hat zwischen der rechten und linken Diktatur des Kleinbürgertums, dann entscheiden sie sich immer für die rechte Variante, weil sie dort sehr viel weniger Federn lassen müssen, aber Hauptsache, dass Volk kommt nicht direkt an die Macht, sonst ist keine Rückkehr mehr möglich, weil alle Eigentumsnachweise vernichtet werden. Dies haben sogar die Stalinisten/Marxisten nicht gemacht und so war die Rückkehr vieler Groß- und Kleinbürger zu ihrem „ehemaligen Eigentum“ doch noch möglich.

Die Marxisten und ihre Apologeten haben das Eigentumsrecht nie prinzipiell in Frage gestellt, sondern nur das Privateigentum der herrschenden Oligarchen des Großbürgertums in Staatseigentum überführt, welches durch ihre diktatorisch herrschende Kaste, die Nomenklatura, in ihrem Sinne und zu ihrem Vorteil verwaltet wurde.

Ein Staatsvolk hat also auch in einer kleinbürgerlichen Diktatur keinerlei Verfügungsgewalt über das Staatseigentum, da es immer in den Händen derer liegt, die gerade die Herrschaft über die Staatsgewalten inne haben.

In allen „Eigentums“-Verhältnissen, sind Lohnabhängige von der freien Besitznahme der für sie notwendigen Ressourcen ausgeschlossen und können nur über Lohnerwerb zur befristeten In-Besitznahme gelangen. In einem Staatsgebilde in der ein Staatsvolk tatsächlich die Herrschaft inne hat und das Eigentumsrecht abschaffen könnte, gäbe es auch kein Staatseigentum, sondern nur eine Form von Staatsbesitz und dafür gibt es schon einen sehr alten Begriff „Allmende“ (Gemeinschaftsbesitz). Würde eine Gemeinschaft eine Allmende nicht mehr nutzen, so verliert sie den Anspruch darauf und ein neuer Nutzer kann diese in Besitz nehmen.

Da die gegenwärtige und durch die Eigentümer sehr ineffektiv organisierte Produktion bereits 12 Milliarden Menschen ernähren und rund um versorgen könnte, sind die Voraussetzungen für die Lösung der sozialen Frage längst geschaffen und so geht es also nur noch um die politische Verfügungsgewalt über all diese mehr als ausreichend vorhandenen Dinge.

Eine Volksherrschaft verwirklicht sich genau dadurch, dass alle Menschen an den Entscheidungen darüber gleichberechtigt teil haben, was mit dem gemeinsam geschaffenen Reichtum geschehen soll. Erst der sichere Zugang aller Menschen zu diesen politischen Entscheidungsprozessen, kann ein Gemeinwesen sicher stellen und die soziale Frage wirklich im Sinne eines jeden einzelnen Menschen ganz nach seinen Bedürfnissen lösen.

Die Zeit ist reif, den letzten Schritt aus dem Tierreich zu machen und an Stelle des Recht des stärkeren Eigentümers, ein modernes Besitzrecht, mit gleichen Nutzungsrechten für alle Menschen zu verhandeln.

Wir leben im Zeitalter des allgemeinen Reichtums auf diesem Planeten, aber der Zugang zu diesem Reichtum ist der übergroßen Mehrheit der Menschen durch ein Rechtssystem der reichen Eigentümer versperrt. Dieses Recht der reichsten Eigentümer ist völlig sinnlos, überholt, reaktionär und für die Fortexistenz unserer Spezies bedrohlich geworden.

Wenn wir dieses Problem nicht in den nächsten Jahrzehnten lösen, kann die Menschheit nicht zu einer vernünftigen Ökonomie auf diesem Planeten gelangen, was die Ressourcen Luft, Wasser, Boden usw. auf diesem Planeten ruinieren wird. Wenn die strategische Zielsetzung unseres Wirtschaftssystems, nicht von der ständigen Steigerung des Reichtums für einzelne Menschen, auf die vernünftige Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen umgestellt wird, werden die wichtigsten Ressourcen dieses Planeten nicht bis zum Ende dieses Jahrhunderts ausreichen und die wahnwitzige und sinnlose Anhäufung von Reichtum für Einzelne ein ganz simples und mathematisches Ende finden. Ich glaube nicht, dass die im Prinzip vernunftbegabte Menschheit bis zum Ende der Anhäufung allen Reichtums für eine kleine Personengruppe zusehen wird.

Wenn ich hier die Mathematik ins Spiel bringe will ich kurz auf exponentielle Entwicklungen (regelmäßige Verdopplung einer Zahl) in diesem System eingehen.

1. Der Reichtum wächst exponentiell und im Gegenzug die Armut.

2. Die Ressourcen dieses Planeten werden ebenso schnell und exponentiell für den Reichtum verheizt. Verheizt deswegen, weil die reichen Eigentümer in aller Regel Raubbau betreiben.

3. Der wissenschaftlich-Technische Fortschritt setzt einerseits immer mehr Arbeitskräfte frei, die dann als potente Konsumenten ausfallen und steigert die Produktionsraten und den Ressourcenverbrauch in immer neue und gigantische Höhen, so das der Bedarf durch geplante Obsoleszenz (Sabotage an den Produkten) künstlich hoch gehalten werden muss, da sonst die Produktion durch haltbare Produkte zum Erliegen kommen würde.

Jede dieser exponentiellen Entwicklungen führt schon für sich allein in einen gesellschaftlichen Kollaps, aber wie lange halten wir das noch aus?

Keines dieser Probleme kann in einem nationalen Rahmen gelöst werden und darum müssen wir jetzt lernen im Rahmen der Menschheitsfamilie zu denken und zu handeln. Wenn wir es nicht wenigstens ernsthaft versuchen, werden wir alle als Spezies Mensch keine Überlebensfähigkeit erlangen.

Soweit die Erinnerung der Menschen im Eigentumssystem zurück reicht, hat dieses System die Menschen in Reiche und Arme gespalten. Dieses System wurde zum „Fluch der Armut“ für die übergroße Mehrheit der Menschen auf diesem Planeten.

Wenn dieser „Fluch der Armut“ heute scheinbar für die Lohnsklaven des Westens nicht mehr so hart zu gelten scheint, so weiß doch Jeder, dass sich die Oligarchen deren Gefolgschaft und Stillhalten durch die Beteiligung an den Sonderprofiten aus der 2. und 3. Welt erkaufte haben. Herrsche durch Teilen, ist noch immer die Grundlage ihrer Macht und unserer Schwäche.

Keine der bisherigen „Revolutionen“ hat je die „soziale Frage“ gelöst und Menschen von der Not befreit, obwohl deren kleinbürgerliche „Revolutionäre“, seit der französischen Revolution dies vorgaben tun zu wollen. Die ungarische Revolution von 1956 hat mit der amerikanischen Revolution von 1763-1775 gemeinsam, dass in ihr die soziale Frage überhaupt keine Rolle spielte und allein nur die „Machtfrage“ gestellt war.

Sobald man die Beseitigung der „Leiden der armen Massen“ in den Mittelpunkt einer Revolution stellt und eben nicht mehr die Emanzipation des Volkes von Zwangsherrschaft, ist jedes Mittel der Gewalt gerechtfertigt, um für die Beseitigung des „ Leidens der Massen“, jegliche Freiheit außer Kraft zu setzen. Obwohl wir alle Tatsachen aus der Geschichte solcher „Revolutionen“ kennen sollten, bei der eine "Führung" die Macht ergreift, um die „soziale Frage“ für uns klären zu wollen, was immer nur zur Rechtfertigung von Gewalt, Terror und Schrecken diene, ist es sehr schwer diesen verhängnisvollen Irrweg zu meiden, wenn die Revolution in einem Land ausbricht, dass unter dem „Fluch der Armut“, die Orientierung auf die Eroberung der „politischen Freiheit für Alle“ verloren hat.

Das Ziel der entfesselten Gewalt im Namen der Lösung der „sozialen Frage“, unter Aufwiegelung der Wut der Armen zu Gewalttaten, erzeugt nicht Freiheit, sondern Ohnmacht, die letztendlich immer mit reiner Wohlfahrt abgespeist wird.

Wer die Armut als eine gesetzmäßige Naturgewalt begreift, deren gewalttätige Wut nur entfesselt zu werden braucht, um alles zum Guten zu wenden, der erliegt dem Glauben an eine höhere von Natur aus gegebene Gesetzmäßigkeit, die unausweichlich und ohne unser bewusstes Handeln zum Durchbruch gelangen könnte. Wenn dem so wäre, wäre ein bewusstes revolutionäres Handeln völlig nebensächlich, weil die Gesetzmäßigkeit ja sowieso ohne unser Zutun wirkt. Dies ist aber eine arge Verwechslung von einer von Natur aus wirkenden Gesetzmäßigkeit und der bewussten Gestaltung einer menschlichen Gesellschaft. Mit einer solchen Behauptung kann man jedes Verbrechen im Namen der „Wissenschaft“ rechtfertigen, weil es ja einem übergeordneten „Naturgesetz“, einer „höheren Macht“, von der wir in revolutionären Zeiten erfasst werden, entspringt.

Ist der Kapitalismus Reform- fähig? Muß eine soziale Revolution kommen?



HEISE.DE

"Große Teile der bürgerlichen Mittelschicht sind dabei, sozial zu verrohen"

Als mich dieses Bild vor einiger Zeit erreichte, viel mir sofort die Formulierung über den Bild auf „soziale Revolution“.

Natürlich geht es nicht um eine soziale Revolution, sondern um **eine politische Revolution**, in der das Volk seine eigene Herrschaft in demokratischer Weise errichtet. Nach dieser entscheidenden Umwälzung der Machtverhältnisse, ist die Lösung aller sozialen Probleme eine rein technisch-organisatorische Angelegenheit und sehr schnell erledigt. Vorher ist die Lösung aller sozialen Probleme nur ein Placebo namens Wohlfahrt und löst kein einziges Problem grundlegend.

Was soll also **eine „soziale Revolution“** sein, welche die Machtverhältnisse nicht antastet und also die politische Frage nach der Macht eines Staatsvolkes gar nicht stellt?

Jutta Ditfurth schlug sich in dem damaligen Artikel wacker für die sozial Benachteiligten und setzte sich für ein Räte-System ein. Außerdem machte sie sehr viele gute Vorschläge für die Bündnisfähigkeit und Zusammenarbeit besonders mit gleichgesinnten Menschen. Leider gibt es da ein paar Dinge, die ihr selbst anscheinend nicht auffallen und mit denen sie sich immer wieder selbst auf dem Weg in eine bessere Zukunft ein Bein stellt.

1. Sie hasst Deutschland und die Mehrheit der Deutschen, wie es scheint und ist darum eine klassische Vertreterin der Antideutschen.
2. Das führt dazu, dass sie den amerikanischen Imperialismus, die Vasallenrolle der deutschen Politiker und die Verbrechen zum Beispiel der Zionisten in Israel gar nicht zur Kenntnis nimmt.
3. Deswegen erwähnt sie in regelmäßigen Abständen das Wort „Antisemitismus“ und meint damit eigentlich, dass jede Kritik am amerikanischen Imperialismus und an Israel „antisemitischer“ Natur sei.
4. Dies macht sie gegenüber diesen reaktionären Kräften völlig handlungsunfähig und das wissen diese auch und darum wird sie von den Zionisten (jüdische Nationalisten und Rassisten) zu Buchlesungen eingeladen, weil man sie sehr gut gegen alle Kritiker benutzen und als moralische Todschlag-Instanz im In- und Ausland verwenden kann.

Frau Ditfurth machte in dem Artikel das Angebot, dass sie überall zu Buchlesungen erscheint wenn sie darum gebeten wird. Das werde ich nicht vergessen und sie bei Gelegenheit daran erinnern und ihre „Bündnisfähigkeit“ auf die Probe stellen und sehen, ob sie dazu in der Lage ist, ihre Verteidigung von amerikanischen und jüdischen Verbrechen zu beenden. Es ist wegen ihrer politischen Meinung auch gar nicht verwunderlich, dass sie einem Nationalismus besonderer Art aufgesessen ist, der sich mit ihrem Hass ausschließlich auf ein Land und eine Nation konzentriert. Das Wort Internationalismus und internationale Revolution kommt ihr niemals über die Lippen. Sie kennt maximal „Solidarität“, also Wohlfahrt für andere Völker anderer Nationen. Ihr merkwürdiges Verharren in einem nationalen Blickwinkel, in einer globalisierten Welt ist eine Narretei, von moralisierenden und doch wohl nur kleinbürgerlichen Linken.

In den Schichten der international zusammengesetzten Klasse der Lohnabhängigen in dieser Welt, spielen Nationalstaaten längst keine wirkliche Rolle mehr, weil sie ihre Arbeitskraft in jedem Land verkaufen, das gerade ruft, über alle Grenzen hinweg. Wir gehen da hin, wo wir unsere Lebensgrundlagen finden und vermischen uns jeden Tag mehr. Auch deutsche Lohnabhängige

sind jeden Tag damit beschäftigt, für kürzere, oder längere Zeit, oder für immer in irgend einem anderen Land zu arbeiten, weil sie dazu gezwungen werden. Welches Unternehmen in Deutschland ist wirklich noch deutsch und nicht längst überall in der Welt mit seinen und ausländischen Lohnsklaven unterwegs?

Wie viele der internationalen Lohnsklaven in Deutschland arbeiten in Deutschland bei internationalen Konzernen?

Der antideutsche nationalistische Blick von Frau Ditfurth hat leider nichts mit den internationalen Wirtschafts- und Machtverhältnissen in Deutschland zu tun und wird lediglich dazu benutzt, um Widerstand gegen den US-Hegemon und seinen Vasallen politisch zu unterdrücken.

Aus diesem Grunde lassen sie Frau Ditfurth auch gern ihre „revolutionären Flausen“ durch gehen, Hauptsache sie schlägt am Ende auf die „Richtigen“ mit dem Knüttel „Antisemitismus“ und „Querfront“ ein, auch wenn dafür gar keinen sachlicher Beweis zu finden ist.



TELEPOLIS

TELEPOLIS > MAGAZIN

"Große Teile der bürgerlichen Mittelschicht sind dabei, sozial zu verrohen"

24. Januar 2014 – Sarah Buron und Patrick Spät



Jutta Ditfurth. Bild: Philipp von Ditfurth

Jutta Ditfurth über den verwandlungsfähigen Kapitalismus, den zunehmenden Rassismus, den ausbleibenden Widerstand

Dieses Propaganda-Theater läuft jetzt schon eine ganze Zeit und läuft so langsam ins Absurde. Die Art dieser Todschlagdemagogie hat sich in der Coronakrise weiter verbraucht und wirkt zunehmend nicht mehr realistisch. Die moralisierenden „linken“ Kleinbürger, die sich an solcher Propaganda bis zur Verzweiflung

festklammern, werden immer weniger und vereinzelt durch ihre Paranoia in ihren immer kleiner werden Sekten, mit ihren diktatorischen Ambitionen.

Wer sich mit den Lohnabhängigen und ihren Problemen ensthaft auseinandersetzt, der stößt natürlich auch immer wieder auf Vorurteile, Unbildung und Rückständigkeit jeder Art. Sollen sich Revolutionäre deshalb von diesen immer weiter zurückziehen und das Feld der AfD überlassen?

Frau Dittfurth gibt in dem Artikel gute Beispiele wie man es richtig machen könnte, aber sie ist wegen ihres Sektierertums wirklich nicht dazu in der Lage dies selbst anzuwenden. Wir möchten sie gern beim Wort nehmen und sie zu dieser Arbeit einladen, doch da haben wir wieder ihre 4 Probleme, die sie daran hindern, mit uns zu gehen. Wir warten auf sie und ihre "Leidensgenossen", bis sie erkennen wer sie die ganze Zeit unterstützt und warum!

Sie erwähnt auch einen sehr wichtigen Aspekt namens "Bewusstsein" im Verhältnis zur sozialen Lage und damit zur angeblichen revolutionären "sozialen Frage" und sie hat erkannt, dass es da ein Problem mit dem revolutionären Subjekt gibt.

Wie kam Marx auf den Abweg der sozialen Frage, weg von der Freiheit und hin zu einer Diktatur?

Es begann nach meiner Meinung mit einem von Marx aufgestellten philosophischen Grundsatz zum menschlichen Bewußtsein, aus dem dann alle weiteren verhängnisvollen Konsequenzen entstanden, die wie eine Rutschbahn in die Katastrophen der Revolutionen des 20. Jahrhunderts führten.

Zitat:

"Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt." MEW 13, S.9 (Kritik der politischen Ökonomie)

In der DDR wurde ich schon als Kind mit diesem Grundsatz konfrontiert und habe schon als Kind bemerkt, dass dieses Ding hinkt, weil der Erfinder des "Dialektischen Materialismus", darin jede Dialektik vermissen läßt.

Was soll das für ein Bewußtsein sein, wenn die Menschen gar keinen Einfluss darauf haben und dieses ganz mechanisch und unbewußt von den "gesellschaftlichen Gegebenheiten" abhängt.

Es war immer drollig anzuhören, wie uns versucht wurde zu erklären, wie Marx, Engels, Lenin usw. zu ihrem revolutionären Bewußtsein gekommen sein sollten, obwohl sie im Kapitalismus nicht zur "revolutionären Klasse" gehörten und auch ohne Revolution ganz passabel hätten leben können. Was stimmte mit denen nicht? Warum passt dieser philosophische Grundsatz auf deren Bewusstsein nun gar nicht?

Natürlich findet jeder Mensch eine gesellschaftliche Situation vor, in die er hinein geboren wurde, aber welche Schlußfolgerungen er daraus zieht, kann niemand vorher berechnen. Die Wissenschaft kennt sich so leidlich mit der toten Materie aus, aber über die lebende Materie kann immer nur spekuliert werden und man ist besser beraten jeden Menschen einzeln zu beobachten und jeden Tag neu zu

beurteilen.

Der dialektische Prozess, der sich in jedem Menschen abspielt, der jeden Tag sein gesellschaftliches Sein neu erkennen muss, um darauf bewußt reagieren zu können, um wiederum sein gesellschaftliches Sein bewußt für seine speziellen Bedürfnisse zu verändern, kann nicht allgemein vorhergesagt werden, da dieser dialektische Prozess für jeden Menschen einmalig und speziell ist.

Es gibt einfach keine Garantie dafür, dass ein reich geborener Mensch die Interessen seiner Klasse vertritt. Genauso gibt es unter den Lohnsklaven jede Menge Individuen, die gegen die Interessen ihrer Klasse handeln.

Marx seine mechanistische Gleichung ist für das revolutionäre Bewusstsein eines Menschen bedeutungslos, wenn sie sich nur auf die Verbesserung, oder den Erhalt der sozialen Lage der Individuen einer Klasse bezieht und wurde vor allem für reformistische und nicht für revolutionäre Programme benutzt. Mit dieser mechanischen Gleichung wurde also behauptet, dass arme Lohnsklaven, schon aus ihrer gesellschaftlichen Lage heraus revolutionär seien. Ist es nicht viel mehr so, dass wenn man einen Lohnsklaven passable Lebensbedingungen anbietet, also seine "soziale Frage" klärt, dieser erst mal keine weiteren Fragen in Richtung politische Freiheiten stellt und sich sogar vorerst mit einer Diktatur von Parteifunktionären begnügen kann?

Warum haben die Lohnsklaven das hingenommen und sind weiter Lohnsklaven für Parteifunktionäre geblieben? Warum haben diese Parteifunktionäre alle "schädliche" Literatur, Informationen und Wissen von diesen Lohnsklaven fern gehalten und sie sogar bestraft, wenn sie unerlaubte Fragen gestellt haben, um wissend zu werden, also ihr Bewußtsein zu erweitern?

Weil das Bewußtsein der Menschen nur durch einen stetigen Erkenntnisprozess über ihr gesellschaftliches Sein wachsen kann, um dieses gesellschaftliche Sein dann verändern zu können, um dann durch praktische Erfahrungen in diesem neuen gesellschaftlichen Sein, wieder neue Erkenntnisse zu gewinnen usw. Das ist ein nicht endender dialektischer Prozess, der in einem gesellschaftlichen Sein, sogar zu einem kollektiven gesellschaftlichen Bewusstsein führt. Menschen sind soziale Wesen, weil sie allein nicht existieren können. Gut wenn sich jeder Mensch darüber zuerst bewußt wird.

Marx seine mechanistische Gleichung führte dann folgerichtig zur "historischen Mission" der Arbeiterklasse, des Proletariats. Wo ist das Problem?

Marx kannte das Problem und vermied meistens das Wort "Mission", aber seine Apologeten waren weniger gebildet und schwadronierten fleißig über die "Mission". Marx hätte lieber zum Ursprung des Problems zurückkehren sollen und seine Gleichung "Arm = revolutionär" revidieren sollen und sich auf das wirkliche Ziel und die wirklichen Kräfte einer Revolution, deren Ziel nur die politische Freiheit sein kann, zurück besinnen sollen. So nahm das Verhängnis aber seinen Lauf und die "Missionare" stürzten mit der "Frohen Botschaft" in alle Winde und warn nicht mehr zu halten, bis sie katastrophal scheiterten.

Milionen von Menschenopfer sind wegen dieser kleinen philosophischen Gleichung zu beklagen, weil sie Generationen von vermeintlichen Revolutionären in die falsche Richtung einer Diktatur, welche vorgab die "soziale Frage" lösen zu wollen, geschickt hat. Marx hatte den Hebel von Freiheit, in Richtung Diktatur umgelegt, um die "soziale Frage" lösen zu wollen, doch diese "soziale Frage" ist gar

keine revolutionäre Frage sondern eine technische und darum hat die Diktatur der Marxisten die Lohnsklaven auch gar nicht aus ihrer Lohnsklaverei befreit. Sie wissen noch nicht einmal, wie das überhaupt geht! Was haben sie aber statt dessen gemacht? Sie haben missioniert! Zitat:

“Wer von euch aber ein anderes Evangelium verkündet, als wir euch verkündigt haben, der sei verflucht, auch wenn wir selbst es wären oder ein Engel vom Himmel.” (Paulus)

Zitat von einem Witz der in der DDR immer und immer wieder erzählt wurde:

“§1 Die Partei hat immer Recht! - Auch wenn sie sich mal geirrt hat, gilt automatisch § 1.”

Marx wußte ganz genau, dass die Missionierung tief in unserer christlichen Kultur und auch jenseits aller religiösen Aktivitäten tief verankert ist und darum umschrieb er meistens das Wort “Mission”, das änderte den Charakter seine angestrebten politischen Diktatur jedoch nicht. Fehlte es ihm vielleicht an “revolutionärem Bewusstsein”, um den Irrweg seiner missionarischen Sendung, die er da entwickelt hatte zu erkennen? Wann bäumte sich eigentlich mal der nach politischer Freiheit strebende Revolutionär in ihm auf, als er von einer Diktatur der Parteifunktionäre, im Namen der armen Lohnsklaven schrieb?

Seine Jünger beriefen sich genau wie ihre christlichen Vorgänger auf eine universalistische Ideologie, die besagt, dass es nur einen Weg zum Heil geben kann, den ihren. Leider sind noch ein paar von seinen Jüngern unterwegs, aber ihre Mission hat doch stark an Leuchtkraft verlohren. Besonders unter den Armen ist sie so gut wie erloschen. Da müsste man schon ins Präkariat hinabsteigen, aber dazu fehlt den marxistischen Jüngern von heute der Mut. Das würde ich ihnen nach den bitteren Erfahrungen, die ihre Vorgänger dort hinterlassen haben, auch nicht raten.

Die Idee, andere Menschen sein eigenes Glaubenssystem aufzötigen zu wollen, ist zwar eine historische Kuriosität, aber in unserem Zeitalter immer noch ein akutes Problem. Grundlage jeder Missionierung ist immer eine dogmatische Zerteilung der Menschen in Auserwählte, die im Besitz der Wahrheit sind und Unwissende, die der Verdammnis verfallen sind. Außerdem benötigen Missionare eine ausgeprägte apokalyptische Vision, die eine aggressive und gewaltsame Missionierung rechtfertigen.

Paulus seine Mission hatte vier zentrale Punkte (Zitat aus Fabian Scheidler, “Das Ende der Megamaschiene” S. 102):

1. **Die Weltgeschichte hat eine Richtung. Sie läuft unweigerlich auf ein Heilsgeschehen zu, an dessen Endpunkt die Errettung der Gläubigen und die Verdammnis der Ungläubigen steht.**
2. **Diese Geschichte ist nicht auf bestimmte Völker oder Regionen begrenzt, sondern universell. Ob sie es wissen oder nicht, wollen oder nicht: Alle Menschen sind Teil dieser einen Geschichte. Zu dieser**

Geschichte gibt es keine Alternative.

3. **Über diese Geschichte gibt es eine, universell gültige Wahrheit.**
4. **Daraus folgt, dass derjenige, der über diese Wahrheit verfügt, auch das Recht und die Pflicht hat, diejenigen, die nicht in ihrem Besitz sind, auf den rechten Pfad zu führen – wenn nötig mit Gewalt.**

Mir kommen diese Punkte sehr bekannt vor, obwohl ich kein Kirchengänger in der DDR war. Heute wissen wir alle, dass die Geschichte nicht so verlaufen ist, wie Marx sich das gedacht hatte. Daraus können wir Schlussfolgerungen ziehen, oder es auch bleiben lassen. Hängt ganz vom revolutionären Bewusstsein jedes einzelnen Menschen ab und ob er sich kritisch mit der abgelaufenen Geschichte auseinandersetzt. Wer das nicht tun will und stattdessen lieber glauben möchte, oder sich die Zeit mit Brot und Spiele vertreibt, der hat absolut jedes Recht dazu. Er sollte es nur vermeiden, sich als Revolutionär zu betätigen, weil er auf Menschen treffen könnte, die wissen was revolutionär zu sein bedeutet und genau darum für die politische Freiheit aller Menschen eintreten. Ist die politische Freiheit für alle Menschen gesichert, können die Menschen leicht alle ihre sozialen Probleme selbst lösen.

Es wäre schön, wenn wir uns darüber noch vor dem ökonomischen, ökologischen, oder kriegerischen Kollaps des Eigentumssystems verständigen könnten.

Durch Marx seine Konzentration auf das soziale Bewusstsein armer Menschen und auf ihre handgreiflichen sozialen Probleme in ihrem gesellschaftlichen Sein, entwickelte er aus der sozialen Lage des Proletariats, die Theorie vom “Proletariat als revolutionärem Subjekt”. Damit speist sich das revolutionäre Subjekt primär aus seiner sozialen Lage und nicht aus seinem revolutionären Bewusstsein. Das revolutionäre Bewusstsein nimmt also eine zweitrangige Stellung ein und die soziale Lage (es geht eigentlich um Armut) ist primär, also Armut als Voraussetzung für revolutionäres Bewusstsein.

Wenn wir uns aber daran erinnern, dass die Freiheit das Ziel einer Revolution ist und das diese nur bei Abwesenheit von Armut erreicht werden kann, dann haben arme Menschen gar nicht vorrangig das Ziel ihre Freiheit zu erreichen, also ein revolutionäres Ziel, sondern sie wollen zu aller erst ihren Hunger auf alles stillen, was ihnen dringend fehlt. Das ist menschlich und verständlich, aber nicht revolutionär, sondern blanke Notwehr im Kampf ums Überleben, gegen alles und jeden der sich ihren drängendsten Bedürfnissen in den Weg stellt. Dazu braucht selbst ein Tier kein Bewusstsein.

Marx unternahm also den Versuch, die Not der armen Menschen dafür zu nutzen, um die bestehende Macht zu stürzen und er brauchte nur auf einen Zeitpunkt zu warten, bis diese gegen jede Gefahr ihr gesellschaftliches Sein nicht mehr ertragen konnten und rebellierten, um diesen animalischen (tierischen) Schwung zu nutzen, um mit Hilfe der Armen, die Diktatur einer einzigen Parteiführung zu errichten. Was er nicht mehr schaffte, schafften seine Schüler, die Marxisten.

Das Paradoxe daran ist, dass dieses Proletariat keiner Diktatur bedürft hätte um zu herrschen, aber das war den Proleten gar nicht bewußt. Sie hätten rein rechnerisch in jeder wirklich demokratischen Abstimmung die sichere Mehrheit inne

gehabt. Doch eine bürokratische Parteiführung hat diese sichere Mehrheit in einer Demokratie eben nicht und genau deshalb können sie nur mittels einer Diktatur herrschen.

Demokratie, also Volksherrschaft, bezeichnete Marx als "kleinbürgerliche Flause", von der das Proletariat fern zu halten ist, da nur die professionellen Kader der Partei wissen, was zu tun und zu lassen ist. Daraus zimmerten sie dann die Partei neuen Typus, mit Berufsrevolutionären.

An dieser Stelle möchte ich kurz an die YPG/PKK erinnern, die sich als Herrscher über die Kurden, mit Berufsrevolutionären aufschwingt und wieder mal ihre imperialistische Schutzmacht verloren haben.

Das "demokratische" Experiment in Rojeva/Kurdistan ist keineswegs so demokratisch verlaufen, wie immer behauptet wird. Wer sich wirklich ein Bild machen möchte, sollte mal ganz genau hinsehen und nicht einfach einer stalinistische Organisation, die einen Führerkult pflegt, unkritisch hinterher laufen.

Ja die Kurden und Araber haben das Recht auf eine demokratische Selbstverwaltung, doch diese hatten sie unter den jetzigen Bedingungen nur sehr oberflächlich, wenn überhaupt von Demokratie geredet werden kann. Wir hatten uns schon vor einiger Zeit die Mühe gemacht und die Verfassung dieser Republik genauer angesehen. Sie war zweifelsfrei ein Fortschritt, aber hatte nicht wirklich die Macht des Volkes im Sinn. In dieser Verfassung teilten sich die Partei- und Klanführer die Machtbereiche. Zu mehr reichte es aber auch nicht.

Ja die Kurden haben genau wie jedes andere Volk das Recht, ohne kriegerische Einmischung souverän über ihre Angelegenheiten zu entscheiden, aber das bedeutet nicht, das wir den Mond Sonne nennen müssen und ihre Verfassung ein "demokratisches Musterbeispiel", welches die Herrschaft von bewaffneten Berufsrevolutionären und Clanchefs fundamntiert.

Die Verteidigung der Souveränität eines Volkes und die Unterstützung einer unverholten diktatorisch agierenden Organisation sind zweierlei. Die YPG/PKK beruft sich ganz genau auf das marxistische Model einer Partei unter Führung von professionellen Führungs-Kadern und nicht auf basisdemokratische Strukturen. Ja natürlich hat diese Form der Diktatur in Deutschland immer noch ein kleines Kontingent von Anhängern und mit denen und den hier lebenden YPG/PKK-Anhängern, müssen wir uns kritisch auseinandersetzen, wenn wir auch mit ihnen eine wirklich demokratische Gesellschaft, also eine wirkliche Volksherrschaft aufbauen wollen.

Alle vermeintlichen "Revolutionäre", deren Ziel nicht die Errichtung der politischen Freiheit für alle Menschen ist, sind ganz offensichtlich auf eine Ideologie herreingefallen, deren Führer die politische Macht in diktatorischer Weise für sich beanspruchen.

Dieser Mechanismus, durch Austausch des revolutionären Ziels, durch andere Ziele, funktioniert natürlich nicht nur mit der "sozialen Frage". Nehmen wir zum Beispiel die "nationale Frage", bei der eine imaginäre Nation, gegen alle anderen aufgehetzt wird. Freiwillig machen das die wenigsten Menschen mit, weil ihnen instinktiv klar ist, dass sie zur Menschheitsfamilie gehören und dass sie in dieser immer nur eine Minderheit sein können, der es bitter aufstoßen wird, wenn sie sich in arroganter Weise über alle anderen Menschen

unserer Familie erheben möchte.

Oder nehmen wir die "ökologische Frage". Auch wer diese Frage über die Interessen der Menschen und an die Stelle von politischer Freiheit stellt, ist gezwungen diktatorische Mittel anzuwenden. So gerät man ganz schnell in die Lage, jede diktatorische Gewaltmaßnahme zur Lösung ökologischer Probleme, mit Hilfe einer drängenden ökologischen Mission, die gegenüber politischer Freiheit dann Priorität hat, rechtfertigen zu können, ja zu müssen! Jede dieser Missionen, macht aus einem Staatsvolk, unmündige Bürger, die nicht das moralische Recht haben, über ihre Angelegenheiten selbst und vernünftig zu entscheiden.



Gefunden bei Facebook, Autor ist mir unbekannt.

Alle Diktatoren brauchen eine apokalyptische Mission, als Rechtfertigung für die Versklavung ihrer Mit-Menschen.

Was wollen wir retten, die Armen, die Nation, die Ökologie, oder doch besser unsere Spezies als freie Individuen in einer sauberen Umwelt, ohne Krieg und Armut? Dann lasst es uns gemeinsam und gleichberechtigt tun. Wir sind dafür nicht zu blöd, sondern nur nicht politisch frei!

Besser wir schaffen es endlich ein Bewußtsein zu erlangen, was uns in die Lage versetzt uns friedlich mit allen Menschen zu einigen, oder wir müssen uns weiterhin wie Tiere um die Beute fetzen.

Bis jetzt können wir unsere Zivilisation noch nicht wirklich zivilisiert nennen und genau darüber sollten wir uns bewusst werden. Das Verständnis über die Unzulänglichkeiten unserer "Zivilisation", ist die erste Voraussetzung für ein revolutionären Bewußtsein, sonst hätten wir ja gar kein Grund für eine revolutionäre Veränderung.

Wir müssen uns ganz bewußt zivilisierte Verfassungen und Gesetze geben, aus dem das Recht des Stärkeren verbannt ist.

Die These, "dass unser Bewußtsein primär durch unser gesellschaftliches Sein bestimmt wird", ist also nicht nur undialektisch und in jedem speziellen Fall meistens falsch,

sondern zielt in seinem Kern auf einen nicht revolutionären Zweck. Mit dieser Formel wäre die Aneignung von Wissen für die unteren Klassen und Schichten unserer Gesellschaft also zu vernachlässigen, weil sich ihr revolutionäres Bewusstsein scheinbar aus ihrer Armut speist.

Die "Herrschaft" über Wissen und Wissenschaft, also die Herrschaft über eine wesentliche Staatsgewalt ist nach dieser Formel also keine Sache des Volkes, sondern ausschließlich die Sache von ausgesuchten "Spezialisten". Ja wer darf die denn nun aussuchen und mit welcher Berechtigung? Das Volk, oder die jeweiligen PARTEIFÜHRER?

Dem Volk soll seine soziale Lage als Bewußtseinsbilder genügen!

Moment mal, kommt Bildung, also Bewußtseinsbildung nicht von BILDEN?

Wie wäre es mit freiem Zugang zur Bildung und zur ungehinderten Information des Volkes als revolutionäre Grundbedingung? Ich meine nicht nur in einem begrenzten Rahmen, sondern radikal! Was darf ein Souverän nicht wissen? Wer darf einem Souverän auch nur irgend etwas verheimlichen, was von öffentlichem und gesellschaftlichem Interesse ist?

Wer hat das Recht, gegenüber einem souveränen Staatsvolk irgend welche Informationen für geheim zu erklären und dies Informationsverbot mit aller zur Verfügung stehenden Staatsgewalt durchsetzen?

Die marxische Formel von einer revolutionären Bewußtseinsbildung durch soziale Armut, war also ausgezeichnet dazu geeignet, um soziale Rebellionen des durch den Kapitalismus militant organisierten Proletariats in Fabriken, für die Errichtung einer Diktatur von Gebildeten, mit privilegiertem Zugang zu Wissen, ausnutzen zu können.

Ein solcher Vorgang kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn Rebellionen eben nicht zu ernsthaften Revolutionen heranreifen. Sollte sich eine Rebellion bereits zu einer Revolution entwickeln, werden potenzielle bürokratische Diktatoren nichts unversucht lassen, um eine revolutionäre Entwicklung wieder einzufangen und deren revolutionären Errungenschaften wieder allmählich zu liquidieren.

Die französische und später die russische Revolution, sind sehr gute Studienbeispiele für solche zum Scheitern gebrachte Revolutionen.

Wenn die politische Freiheit des Volkes beginnt, Raum zu greifen, spürten das die Feinde der Freiheit zuerst und beginnen immer mit aller Gewalt gegen zu steuern.

Es ist eine Frage unseres revolutionären Bewusstseins über die Niederlagen unserer Vorfahren, ob wir bei unseren zukünftigen Befreiungsversuchen, uns wieder durch solche Kräfte übertölpeln lassen, oder ob wir schlauer geworden sind und uns aus den Lehren der Geschichte ein höheres, kollektives Bewußtsein aneignen können.

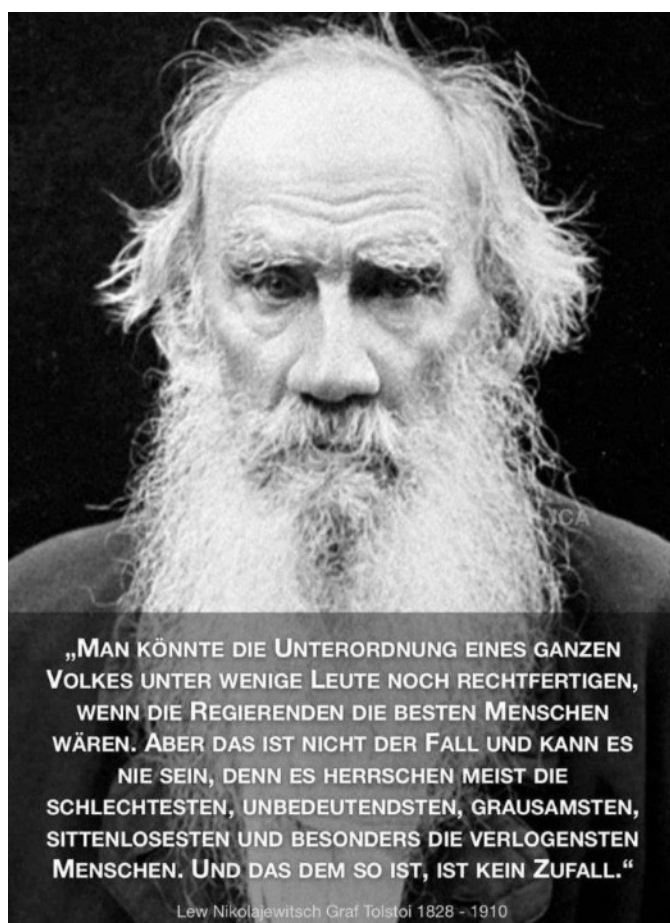
Von unserer Seite ist dafür gar keine Gewalt von Nöten, aber wir müssen darauf vorbereitet sein, uns im Gegenzug der konterrevolutionären Gewalt mit angemessenen Mitteln zu erwehren. Das bedeutet eben nicht, dass wir mit gleicher Gewaltmünze zurückschlagen müssen, da dies unsere Probleme immer nur verschlimmert hat.

Sind bürokratisch agierende Machthaber erst einmal mit dem

Raumgreifen politischer Freiheit eines Staatsvolkes konfrontiert, haben sie immer und ohne alle moralischen Skrupel sofort zu den brutalsten Mitteln der Macht gegriffen, die ihnen gerade noch in die Hände kamen.

Die Opfer einer Rebellion waren meist sehr klein, weil der Widerstand einer herrschenden Minderheit leicht zu brechen ist, wenn diese die Kontrolle über die Staatsgewalten bereits verloren hatten. Rache und Vergeltung für erlittene herrschaftliche Pein, ging immer nur von Einzelnen aus und lag nie im Interesse der Masse des Volkes, dass immer sofort ganz andere Probleme hatte.

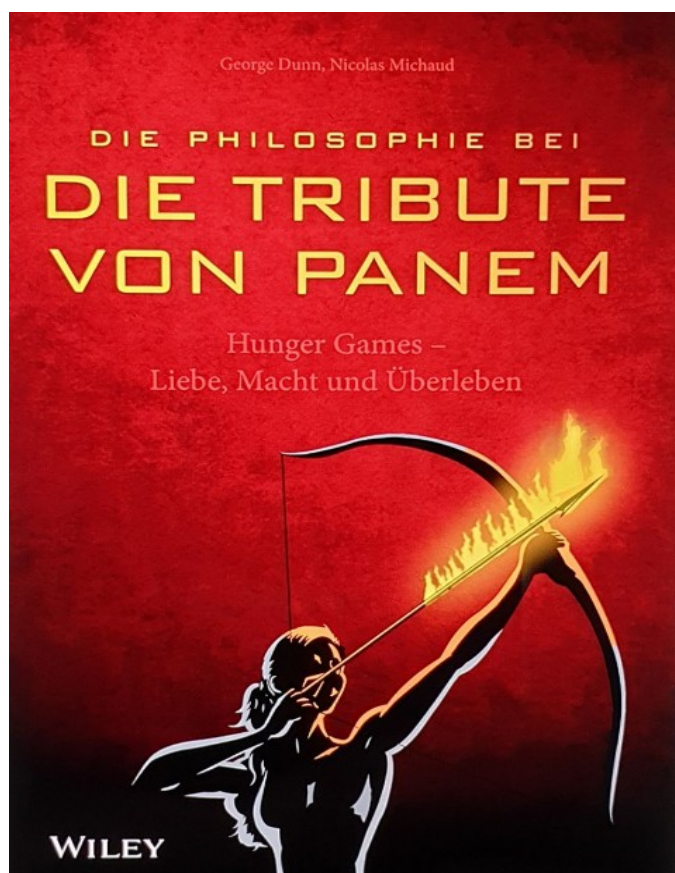
Gut ist es, wenn sich ein Staatsvolk ordentlich auf seine Machtübernahme vorbereiten konnte, um neues Unrecht an den ehemaligen Herrschenden verhindern zu können. Wir wollen die tierische Erscheinungsform der menschlichen Gesellschaft beenden und nicht fortführen.



Schafft es hingegen die Konterrevolution wieder Macht in ihren Händen zu bündeln, so ist sie immer gezwungen ein fürchterliches Blutbad unter den Aufständischen anzurichten, weil sie diese Volksmassen nicht anders zurück in die Sklaverei bekommen kann.

Jede Konterrevolution hat nach Möglichkeit die Masse des politisierten Volkes liquidiert, da sie anders ihren Erfolg nicht festigen konnten. Aber auch die Tage jeder solch barbarischen Konterrevolution sind bis zum nächsten Aufstand gezählt, bis das Problem mit ihnen endgültig und hoffentlich im gegenseitigen Einvernehmen gelöst werden konnte.

J.M.Hackbarth



Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“

(Fortsetzung aus dem Heft 02/21)

6. Kapitels

»Wettbewerb und Altruismus«: Die Darwinsche Welt der Hungerspiele

Zur Autorin Abigail Mann:

Hier bitte ich um Mithilfe der Leser, weil ich diese Frau im „WWW“ nicht ausfindig machen konnte. Wer da weiter helfen kann, sende bitte Informationen an die Redaktion, damit wir diese Informationen in dieser Serie nachreichen können.

Sie war nach Aussage der Herausgeber des Buches mindestens zum Zeitpunkt des Erscheinens außerordentliche Professorin im Fachbereich Englisch an der University of Indianapolis.

Ihr Forschungsschwerpunkt ist der Feminismus im ausgehenden neunzehnten Jahrhundert und der Darwinismus. Die Bemerkung zu ihrer Dissertation ist von ihr recht bissig formuliert und wünscht die Theoretiker ihres Fachbereichs gerne in die Arena, damit sie ihre Grabenkämpfe dort austragen können.

Leider ist Abigail Mann nicht im Verzeichnis des Fachbereichs dieser Universität zu finden und da ihr Name in den USA recht häufig zu sein scheint, konnte ich sie bis jetzt nicht entdecken und ihren Hintergrund nicht näher beurteilen. Dies ist um so fataler, weil ich sie bis jetzt für die fähigste Autorin halte, die ich im Rahmen dieser Serie beurteilt habe und ich sie gerne kontaktieren würde, um sie als Autorin für unsere Zeitschrift zu gewinnen.



Diese Universität ist eine private Einrichtung und damit offensichtlich nur für zahlungskräftige Studenten aus aller Welt zugänglich. Eigentlich gibt es neben dieser Universität nur weitere private, oder staatliche Einrichtungen die in private eingegliedert wurden. Damit steht eigentlich nur sozial privilegierten Jugendlichen ein höherer Bildungsweg offen.

Indianapolis ist die Hauptstadt vom Bundesstaat Indiana des mittleren Westens der USA. Laut der Zählung von 2010 hat Indianapolis 58,6 % weiße Bevölkerung, 27,5 % Afroamerikaner, 9,4 % Hispanics und 2,1 % Asiaten, aber insgesamt leben 21,3 % der Einwohner unter der Armutsgrenze, also schätzen wir heute mal, mindestens ein Viertel. Trotzdem ist die Arbeitslosenrate mit 3,0 % unter dem Durchschnitt des Landes von 3,8 % und das Einkommensniveau darüber. Das sagt viel über den wirtschaftlich desolaten Zustand der USA aus, wenn ca. ein Viertel der Menschen unterhalb der Armutsgrenze lebt und das nicht als dramatisch empfunden wird.

Zum Beitrag von Abigail Mann in diesem Buch:

Vielleicht bin ich etwas aus der Übung, aber mir ist wirklich nichts aufgefallen, worüber ich meckern könnte. Wer da was findet, der kann sich hier gerne zur Diskussion melden.

Sie hat sogar Darwins Auffassung von seiner Evolutionstheorie ins rechte Licht gerückt und auf des übliche Missverständnis hingewiesen. Zitat von Seite 72:

„Fakt ist, dass Bündnisse und uneigennütige Handlungen wie diese in der Darwinschen Evolutionstheorie und natürlichen Selektion eine entscheidende Rolle spielen, die trotz ständiger Diskussionen oft missverstanden wird. Die

Evolution hängt nach Darwins Auffassung in gleichem Maß von Kooperations- und Aufopferungsbereitschaft wie von Wettbewerb und Kampf ab.“

Aber auf den folgenden Seiten reflektiert sie sogleich auf die Armut, auf die ich in meiner Einleitung zu Indianapolis und den USA insgesamt hingewiesen habe, Zitat Seite 73:

Heutzutage heißt es manchmal, dass die Eingriffe des Menschen der natürlichen Selektion ‹ins Handwerk pfuschen›. Beispielweise richten sich viele Hasstiraden gegen die Armen, die nach Ansicht einiger Leute ‹unangepasst› sind und dem Untergang geweiht wären, wenn die Regierungen sie nicht schützen und ihnen – den Gesetzmäßigkeiten der natürlichen Auslese zum Trotz – ein Überleben am Rande des Existenzminimums ermöglichen würden. Doch aus dem Blickwinkel der Wissenschaft verfolgt die Evolution kein bestimmtes Ziel, sodass es auch keinen ‹Misserfolg› der Selektion geben kann.[5]

Anmerkung von Abigail Mann:

(5) Der Sozialdarwinismus wurde stets als Konzept vom ‹Überleben der bestangepassten Individuen› benutzt, um die Vernachlässigung und schlechte Behandlung der Armen zu rechtfertigen und Angst vor ihrer unnatürlichen ‹Vermehrung› zu schüren. Die Doktrin des Sozialdarwinismus besagt, dass die Armen ignoriert werden sollten, damit sie so schnell wie möglich aussterben. Darwin selber betonte, dass Überleben ausschließlich dem Zufall geschuldet sei, doch in Die Abstammung des Menschen brachte auch er die Besorgnis zum Ausdruck, dass schwache Mitglieder zivilisierter Gesellschaften dank verstärkter Sozialfürsorge ihresgleichen fördern. The Descent, S. 168. (Die Abstammung des Menschen und die geschlechtliche Zuchtwahl).

Natürlich fallen mir bei der Erwähnung des Sozialdarwinismus immer sofort die Eugeniker ein und die hätte sie hier natürlich erwähnen können, weil diese in der amerikanischen „Elite“ vorkommen. Bemühen wir doch mal Wikipedia zum Thema Eugenik und schauen wir mal was wir da sofort finden:

Sozialdarwinistische Gesellschaftstheorien

Charles Darwin veröffentlichte 1859 sein Buch *Die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl* (so die deutsche Übersetzung). Darin beschrieb er seine Theorie der natürlichen, von Generation zu Generation ständig erneuerten Auslese der am besten angepassten Tier- und Pflanzenarten. Dies sei die Haupttriebkraft der Evolution zu neuen Arten. 1871 veröffentlichte er sein Werk *Die Abstammung des Menschen und die geschlechtliche Zuchtwahl*. Damit teilte Darwin die seit Malthus verbreitete Ansicht, sozialstaatliche Maßnahmen und natürliche Auslese seien unvereinbar.

Wohl gemerkt, das findet man beim Eintrag „Eugenik“, der

„Theorie und Praxis der genetischen Wertung der menschlichen Bevölkerung“, in Deutschland gleichbedeutend mit „Rassenhygiene“.

Wie bereits erwähnt, will ich nicht meckern, weil Abigail Mann alles korrekt dargestellt hat und das Thema sonst vielleicht ausgeüfert wäre.

Einen weiteren wichtigen Punkte machte sie im ach so religiösen Amerika mit folgender Aussage auf Seite 74, Zitat:

„Die Annahme, die Evolution sei teleologisch, das heißt zweckbezogen, ist eine weitverbreitete Fehlauffassung. Doch die natürliche Selektion hängt ausschließlich vom Zufall und den jeweiligen Umständen ab. Nichts ist vorherbestimmt und die unzähligen Mittel und Wege des Ausleseprozesses entziehen sich jedem Werturteil.“

Auf der selben Seite kommt sie dann zu einer wirklich altruistischen Betrachtung und nähert sich dem gesellschaftlichen Konflikt in dem wir uns als Altruisten befinden, da wir noch immer mit den inhumanen Gegebenheiten der Eigentumsgesellschaft konfrontiert sind, Zitat:

„Gleichzeitig erkannte er jedoch, dass der brutale Wettbewerb nicht alles sein kann, wenn diese Theorie als Fundament für die Entwicklung des Menschen mit seiner sozialen Natur, seiner tief verwurzelten Empathie und seinem moralischen Empfinden dienen soll, das bei vielen als unsere krönende Eigenschaft gilt. Schließlich sind wir Menschen nicht »rot an Zahn und Klaue«, wie der Dichter Alfred Lord Tennyson (1809–1892) schrieb. Zumindest nicht immer und nicht in jeder Hinsicht. Wir sind soziale Wesen, die oft die Bedürfnisse anderer über ihre eigenen stellen.“

Ja, genau in dieser fatalen Situation befinden wir uns, da wir bis jetzt nur einen Schritt aus dem Tierreich geschafft haben und der zweite, eine humane Gesellschaft zu errichten, noch aussteht.

Ich finde es bemerkenswert, wie die Autorin das Thema der Evolution unserer Psyche, die sich ebenfalls aus niederen Lebensformen entwickelt hat, so elegant in das Thema eingeflochten hat, dass es nicht total vom ursprünglichen Thema weg führt. Ich will mich aber mit der Auswahl der folgenden Zitate auf den wissenschaftlichen Diskurs konzentrieren und die Verbindung zu den Tributaten weg lassen, Zitat:

„Was Darwin auf den letzten Seiten seines umfangreichen Werks Über die Entstehung der Arten nur flüchtig erwähnte (dass Licht sowohl auf den physischen Ursprung als auch auf die psychologische Befindlichkeit des Menschen fallen wird), formulierte er klarer und kühner in seinem nächsten Werk Die Abstammung des Menschen: Er erklärte, dass sich unsere sittliche Natur ebenfalls aus niedrigeren Lebensformen entwickelt habe.[8] Damit reagierte er auf die Einwände seiner Kritiker, die das Konzept der menschlichen Evolution ablehnten, weil sie nicht verstanden, wie Anteilnahme und altruistisches Handeln durch die natürliche Selektion gefördert werden könnten. Ein Teil seiner Abhandlung diente dazu, vor Augen zu führen, dass Kooperation und Anteilnahme auch im Tierreich weitverbreitete Merkmale darstellen, im Gegensatz zur Auffassung vieler Menschen, denen Darwins Erfahrungen aus erster Hand bei der Beobachtung der Lebensweise verschiedener Tierarten fehlten.[9] Darwin zeigte auf, dass Tiere, die in sozialen Gruppen leben, soziale Instinkte besitzen, die bewirken, dass sie die Gesellschaft von ihresgleichen suchen, ein gewisses Maß an Mitleidgefühl

empfinden und verschiedene Dienste für sie ausführen. [10]“

Er musste jedoch auch erklären, wie sich diese charakteristischen Eigenschaften entwickelt haben könnten. Altruismus ist aus der evolutionären Perspektive rätselhaft, weil es den Anschein hat, als würde man die Anpassungsfähigkeit eines Artgenossen auf Kosten der eigenen Anpassungsfähigkeit verbessern. Als Thresh Katniss verschont, erhöht er die Wahrscheinlichkeit, dass nicht er, sondern sie als Siegerin aus den Spielen hervorgeht; somit verringert er die eigenen Chancen auf eine Heimkehr. Wenn es bei der Evolution vor allem darum geht, die eigenen Überlebenschancen zu verbessern, stellt sich die Frage, wie sich faires und uneigennütziges Verhalten entwickeln konnte.

Darwins Antwort lautete, es sei unnötig, jede erfolgreiche Anpassung im Hinblick auf ihren Beitrag zum individuellen Selbstinteresse zu erklären, da nicht nur zwischen Einzelpersonen, sondern auch zwischen Gruppen Wettbewerb herrschen kann. »Zweifelloso wäre ein Stamm mit vielen Angehörigen, die ... stets bereit waren, einander zu helfen und sich für das Gemeinwohl zu opfern, anderen Stämmen überlegen«; daraus schloss er: »Das wäre natürliche Selektion.«.[11]

Anmerkung von Abigail Mann:

(8) Ebenda, S.488.

(9) Aktuelle Forschungen über Altruismus und Kooperationen im Tierreich siehe Mark Bekoff und Jessica Pierce, *Wild Justice: The Moral Lives of Animals*, University of Chicago Press, Chicago 2010, (Dt. *Vom Mitgefühl der Tiere*).

(10) Charles Darwin, *The Descent of Man* (1871; Repr. Lawrence, KS: Digireads 2009, S.85(Dt. *Die Abstammung des Menschen*).

(11) Ebenda, S.110.

Im fortlaufenden Text geht sie immer näher und auf das Thema des bewussten, uneigennützigen und rein sittlich motivierten Altruismus bei Menschen ein und genau in diesem Bereich sehe ich noch Steigerungsmöglichkeiten nach oben, worüber ich gerne mal mit der Autorin produktiv streiten würde und unseren Blickwinkel vergleichen möchte.

Die „Philosophen“, die uns allen im tiefsten Innern Selbstsüchtigkeit unterstellen möchten, welchen Zweck verfolgen die? Welche Philosophie vertreten die? Wessen Philosophen sind das?

Der „Philosophenclub der Lohnabhängigen“ bezieht sich ganz bewusst mit seiner Philosophie auf den Blickwinkel der Lohnsklaven auf diese Gesellschaft und nicht auf den Blickwinkel der reichsten Eigentümer dieser Gesellschaft, wie Aristoteles es tat.

Wer glaubt, dass alle Menschen aus tiefstem Innern selbstsüchtig handeln, scheint nicht in einer humanistischen Umgebung zu verkehren, oder hat zu Menschen kaum echten menschlichen Kontakt. Natürlich ist es für die reichsten und privilegiertesten Menschen schwer einen anderen Kontakt zu Menschen aufzubauen, als einen vom eigenen kommerziellen Vorteil getriebenen, weil ihm ihr eigener Reichtum dabei im Wege steht und dieser auch das Verhalten der anderen Menschen ihnen gegenüber beeinflusst. Das ist der „Fluch des goldenen Käfigs“ in dem sie selbst Gefangene sind.

Und so haben sie natürlich mit Hilfe sozialer Privilegien eine Gruppe von Hof-„Philosophen“ erzeugt, die ihnen die

passende Philosophie für ihre Sicht auf diese Welt liefern, um ihre sittlichen Bedenken zu zerstreuen.

Was ist aber noch tierisch am Altruismus der Menschen und wo sind wir bereits ganz Menschen? Dazu ein Zitat Seite 77:

„Darwin glaubte jedoch, dass die Trennlinie zwischen Menschen und anderen Lebewesen wesentlich verschwommener sei als einige zugeben würden. »Was Absichten und den Sieg über gegensätzliche Beweggründe betrifft, können Tiere sichtlich zwischen widerstreitenden Instinkten schwanken, wenn es beispielsweise gilt, ihre Nachkommen oder Gefährten vor einer Gefahr zu bewahren.«[16] Tiere müssen vielleicht gegen widerstreitende Neigungen ankämpfen, um altruistisch zu handeln, doch der Mensch ist bekanntlich in der Lage, sich ohne die geringsten inneren Kämpfe edelmütig zu verhalten.“

Anmerkung von Abigail Mann:

(16) Darwin, *The Descent of Man*, S.94

Die Autorin verweist darauf und schließt sich Darwins Meinung an, dass das sittliche Empfinden des Menschen ein Bewusstsein voraussetzt, in dem er dazu in der Lage ist, vergangene und künftige Handlungen oder Beweggründe zu vergleichen und sittlich zu bewerten. Die Quelle unseres moralischen Bewusstseins liegt also in der Fähigkeit, über unsere Motive nachzudenken und diese zu beurteilen. Bei dieser Beurteilung geraten unsere egoistischen und altruistischen Beweggründe in einen dialektischen Wettstreit und ganz nach dem wie wir anschließend handeln, werden wir wiederum von anderen Menschen bewertet und erfahren Ablehnung, oder Zuneigung.

Doch die reine Orientierung auf Zuneigung, ist keine Garantie für eine richtige Entscheidung in einer konkreten Situation, da am Ende auch das Ergebnis einer jeden Entscheidung betrachtet wird und wohin weitere Entscheidungen der selben Art führen könnten. Es bedarf also immer der Betrachtung der Gesamtsituation in dessen Rahmen wir Entscheidungen treffen müssen und welche weiteren Folgen sich daraus ergeben. Führt eine sittlich erscheinende Entscheidung nicht zum Überleben unserer Spezies, wird eine Debatte darüber erst interessant und rückt die einzelnen Motive der Argumente vielleicht in ein ganz neues Licht.

Dazu möchte ich ein kleines Beispiel liefern und an die nicht enden wollende Debatte zur „Überbevölkerung“ auf unserem Planeten, im Verhältnis zu Altruismus erinnern. Wer also kein selbstsüchtiger Egoist ist und fest davon überzeugt ist, dass wir ein ernsthaftes Problem mit „Überbevölkerung“ haben und sich im gleichem Atemzug ein Philanthrop nennt, der müsse uns also aus innerster Überbeugung sofort von seiner Anwesenheit befreien und Suizid begehen. Doch das machen diese „Menschenfreunde“ die uns eindringlich vor den Menschen warnen die zu viel sind ja nun bekanntlich nicht.

Was wollen denn nun die Anhänger und Menschenfreunde der Theorie der Überbevölkerung von uns?

Das wir uns selbst umbringen?

Das wir ihren Plänen zur Bevölkerungsreduktion durch sterilisierende Impfungen zustimmen und diese für gut und richtig heißen?

In diesem Zusammenhang rechne ich es der Autorin sehr hoch an, dass sie den Urheber der Theorie vom „egoistischen Gen“ Richard Dawkins (bis 2008 Prof. an der University of Oxford) in seine egoistischen und leicht zu durchschauenden Schranken verweist.



Wo liegt die Grenze der Machthaber?

Vertreter des Kleinbürger-, genauer gesagt des Bildungsbürgertums philosophieren über Meinungsfreiheit (eigentlich Redefreiheit). Das wird immer interessant und ich bin der Redaktion der Zeitschrift „philosophie“ dankbar über das Update, dass sie mir frei Haus geliefert hat. 20 Seiten lang widmen sich mehrere Autoren diesem Thema, immerhin ein Fünftel der ganzen Ausgabe, die 98 Seiten zählt.

Redakteurin Svenja Flaßpöhler bemühte sich in ihrer Einleitung auf Seite 46 wirklich redlich um Fairness gegenüber Vertretern beider Seiten, so als wenn sie tatsächlich die Seite der Verteidiger der Meinungsfreiheit gleichberechtigt zu Wort kommen lassen würde, wie die Seite der Gegner der Meinungsfreiheit. Erstere konnte ich in den besagten 20 Seiten gar nicht finden. Begrenzer dafür reichlich. Angefangen mit Frau Professorin Marie-Luisa Frick (Institut für Philosophie an der Universität Innsbruck). „Ihre Bücher...“, erwähnt die Redaktion, „...zum Thema „Zivilisiert streiten. Zur Ethik der politischen Gegnerschaft“ (2017) sowie „Mutig denken. Aufklärung als offener Prozess“ (2020) sind beide bei Reclam erschienen“ (Seite 48 in der Zeitschrift).

Ich hätte nur die Frage an Frau Frick, welcher von ihren Ratschlägen „Zivilisiert streiten“ und „Mutig denken“ an welche Klasse gerichtet ist? Zur Auswahl stehen 2 Klassen, die sich durch Eigentumsrecht herausgebildet haben: die Klasse der Eigentümer und die Klasse der Lohnabhängigen. Wobei die Klasse der Eigentümer sich in Klein- und Großeigentümer unterteilen lässt und wir erleben gerade die Phase, in der sich Großeigentümer massenhaft das Eigentum von Kleineigentümern aneignen. Das Großbürgertum steht dem Kleinbürgertum also nicht gerade freundlich gegenüber.

Entscheidendes Merkmal für die Beurteilung des Verhältnisses der Klassen zueinander, ist also das Eigentum. In ihrem Buch „Zivilisiert streiten. Zur Ethik der politischen Gegnerschaft“, kommt der Begriff „Eigentum“ 2 Mal in Nebenaspekten vor, ohne die grundlegende Bedeutung dieses Rechtsverhältnisses überhaupt zu berühren. Warren Buffet, ein Vertreter des Großbürgertums, formulierte in nur einem Satz seine Ethik in einem Interview mit Ben Stein für die „New York Times“, 26. November 2006, wie folgt, Zitat:

„There’s class warfare, all right, but it’s my class, the rich class, that’s making war, and we’re winning.“
Übersetzung:

„Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.“
„Mutig denken. Aufklärung als offener Prozess“, heißt ihr zweites Buch. 6 Mal kommt der Begriff „Eigentum“ darin vor, verpackt in einigen Aussagen zitierter Akademiker aus der Zeit der Aufklärung 1.0, die keineswegs das Eigentumsrecht an sich darin anzweifeln, wie bewaffnete Bauern es taten, als sie im Juli 1788 Schlösser und Klöster stürmten und die Grundbücher verbrannten. Allerdings hatte das weniger etwas mit Mut zu tun, als mit Überlebenskampf, denn es waren Hungerrevolten – eben Klassenkrieg, genau jener, den Warren Buffet 218 Jahre später mutig beim Namen nannte und welchen Frau Frick sich nicht getraut zu erwähnen. Gleichwohl verdanken wir ihr die Arbeit des Zusammentragens geschichtlicher Details. Die Frage ist nur, wer diese Details wofür braucht. Vielleicht hätte das Kleinbürgertum gern eine geschichtliche Rückbesinnung auf sich selbst. Das wäre eine Möglichkeit.

„Was heißt hier Meinungsfreiheit, Frau Frick?“

Wer über Meinungsfreiheit streiten will, muss erst einmal klären, was eine Meinung überhaupt ist. Was unterscheidet sie von Wissen? Und wann wird sie moralisch problematisch?“, überschreibt Frau Flaßpöhler ihr Interview auf Seite 48 des Magazins, aus dem ich hier ein paar **Auszüge** (grau markiert und fett-kusiv) wiedergeben möchte. Schon die Frage ist interessant gestellt: „Was unterscheidet sie [die Meinung] von Wissen? Und wann wird sie problematisch?“ Als ob der Unterschied zu Wissen Maßstab für die Freiheit wäre, sich äußern zu dürfen. Dieses grundlegende Missverständnis wird also gleich in der Frage schon serviert. Für eine Meinung ist es völlig belanglos, ob Gedanken die Realität widerspiegeln (Wahrheit) oder Gewissheit (Wissen) entspringen. Meinung ist Urteil bildendes Denken und spielt sich im Kopf ab. Bevor sie geäußert wird, weiß Niemand etwas von einer Meinung, außer der Denkende selbst. Es geht also um Freiheit der Meinungs-**Äußerung** oder schlicht um Redefreiheit und nicht um Meinungsfreiheit, denn das Denken an sich, ist niemandem zugänglich als dem Denkenden selbst. Die Gründerväter des Grundgesetzes formulierten unter dem Eindruck einer Diktatur folgenden Artikel, Zitat Artikel 5 GG:

„(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

Doch! Zensur findet statt, und zwar so massenhaft und ungezügelt als wenn das kleine Wörtchen „nicht“ da gar nicht stehen würde. Das wäre realitätsnah. Denn sie findet statt. Und zwar in der Hauptsache mit Hilfe des **Eigentumsrechts** Privater, die den virtuellen öffentlichen Raum ebenso kaufen wie Macht und Politik und deshalb herrschen können, weil sie Eigentümer sind. Google, Facebook und YouTube sind drei

Markennamen, die immer berüchtigt werden, für Zensur und Willkür. Dort ist auch der Begriff „Cancel Kultur“ geboren worden. Zensur in den so genannten „öffentlich rechtlichen“ Medien wird aber hinter verschlossenen Türen ausgehandelt, von Parteiführern und Interessenverbänden in dafür legitimierten Gremien. Die „Cancel Kultur“ dort, bedarf eines Untersuchungsausschusses, natürlich erst, wenn sich Machtverhältnisse zu Gunsten demokratischer Verhältnisse geändert haben. Erst dann ist es auch möglich, die Schranken der Redefreiheit in Satz (2) Artikel 5 zu streichen, Zitat:

„(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.“

Redefreiheit wird in Artikel 5 (1) gewährt und in (2) wieder weggenommen. Derartige Hüchenspieler-Tricks sind rechtzeitig und vorausschauend von Demokratiefeinden ins Grundgesetz eingewoben worden, in Sorge darum, dass Demokratie (Volksherrschaft) mehr werden könnte als nur eine Fassade.

„Cancel Kultur“ ist also rechtlich im Grundgesetz verankert und keine neue Normalität. Parteiführer und ihre Mitläufer können entsprechend den Mehrheitsverhältnissen im Bundestag ihre Schranken bestimmen, ohne das Grundgesetz antasten zu müssen, denn Türen sind darin reichlich vorhanden und stehen für Schranken weit offen. Führer in Repräsentativ-Systemen können niemals wirklich souveräne Bürger erlauben, weil die Souveränität freier Bürger eine Bedrohung ist, für ihre Privilegien. Jetzt, wo der virtuell öffentliche Raum von Privateigentümern (Facebook/Google) gekauft wurde und „Cancel Kultur“ dort nicht nur nach den Launen Privater Einzug hielt, sondern mit gesetzlichen Schranken wie dem [Netzwerkdurchsetzungsgesetz](#) verwoben wird und rechtlich legitimiert wurde, werden die Schranken massenhaft spürbar. Aber wo werden die akademischen Basics im Namen der Philosophie hergenommen, um „Cancel Kultur“ im hellen Licht der Redlichkeit leuchten zu lassen? Zitat aus dem Interview:

Magazin:

„In der Philosophiegeschichte wird zwischen Meinung und Wahrheit, Meinung und Wissen differenziert. Was genau ist der Unterschied?“

[Marie-Luisa Frick:]

Zumindest wenn man keinen schrankenlosen Relativismus vertritt, sind diese Unterscheidungen wichtig. Tatsachenbehauptungen kann man bestätigen oder widerlegen. Ob etwa Unregelmäßigkeiten bei Wahlen Ausdruck systematischen Betrugs sind, das lässt sich potenziell entscheiden. Eine Meinung als weltanschauliche Position aber kann man weder widerlegen noch beweisen, und daher soll sie leben dürfen unter anderen solchen Positionen. Auch jetzt, in der Coronapandemie gibt es etwa zum Thema Impfen verschiedene Meinungen. Was möchte ich mit meinem Körper machen? Wie wichtig ist mir Gesundheit? Wie lange möchte ich leben? Wie gehe ich mit Risiken um? Aber es ist eben keine Meinung, wenn Jair Bolsonaro andeutet, dass Frauen ein Bart wächst, wenn sie sich impfen lassen. Da muss man differenzieren.“

Wofür „muss man differenzieren“? Wer benötigt wofür Qualitätsmerkmale für geäußerte Gedanken, wenn es nicht darum ginge, die einen zu erlauben und die anderen zu verbieten? Warum ist es keine Meinung, „wenn Jair Bolsonaro andeutet, dass Frauen ein Bart wächst, wenn sie sich impfen lassen“? Die Antwort liegt auf der Hand: Weil sie der Behauptung widerspricht, dass Nebenwirkungen dieser adhoc

produzierten Impfungen kein Problem darstellen. Wenn ein Präsident so etwas sagt, mindert das den Absatz von Pharmaprodukten. Das geht natürlich nicht, dass so ein einfacher Präsident, Pharma-Oligarchen das Geschäft versaut. Genau da! liegt die Grenze des Sagbaren.

First Name	Feb. 19, 2021 Real Time Worth (\$ Billions)	Net Worth Mar. 18, 2020 (\$ Billions)	Wealth Growth Mar. 18, 2020 to Feb. 19, 2021 (\$ Billions)	% Wealth Growth Mar. 18, 2020 to Feb. 19, 2021	Source
Jeff Bezos	\$189.3	\$113.0	\$76.3	67.5%	Amazon
Elon Musk	\$182.6	\$24.6	\$158.0	642.2%	Tesla, SpaceX
Bill Gates	\$123.7	\$98.0	\$25.7	26.2%	Microsoft
Mark Zuckerberg	\$95.7	\$64.7	\$41.0	75.0%	Facebook
Warren Buffett	\$91.7	\$67.5	\$24.2	35.8%	Berkshire Hathaway
Larry Page	\$90.9	\$60.9	\$40.0	78.6%	Google
Sergey Brin	\$88.2	\$49.1	\$39.1	79.6%	Google
Larry Ellison	\$85.5	\$69.0	\$26.5	44.9%	Oracle
Steve Ballmer	\$80.4	\$62.7	\$27.7	52.6%	Microsoft
Alice Walton	\$65.1	\$64.4	\$10.7	19.7%	Walmart
Jim Walton	\$64.9	\$64.6	\$10.3	18.9%	Walmart
Rob Walton	\$64.6	\$64.1	\$10.5	19.4%	Walmart
MacKenzie Scott	\$57.4	\$36.0	\$21.4	59.3%	Amazon
Michael Bloomberg	\$54.9	\$48.0	\$6.9	14.4%	Bloomberg LP
Phil Knight	\$53.1	\$29.5	\$23.6	80.0%	Nike
SUBTOTAL	\$1,388.0	\$846.1	\$541.9	64.0%	
ALL OTHERS	\$2,856.8	\$2,101.4	\$755.4	35.9%	
TOTAL	\$4,244.8	\$2,947.5	\$1,297.3	44.0%	

Quellen: Daten vom 18. März 2020: Forbes, „Forbes Publishes 34th Annual List Of Global Billionaires“, 7. April 2020; Daten vom 19. Februar 2021: Forbes, „The World’s, Real-Time Billionaires, Today’s Winners and Losers“, abgerufen am 19. Februar 2021 - Tabelle auf

„Update vom 25. Januar 2021: Das Vermögen der US-Milliardäre übersteigt seit Mitte März 2020 einen Gewinn von 1,1 Billionen US-Dollar. 10 Monate nach der Krise sehen 660 Milliardäre einen Vermögensanstieg um 40 Prozent. Das kollektive Vermögen aller US-Milliardäre ist seit Mitte März 2020 um über 1,1 Billionen US-Dollar gestiegen, ein Anstieg um fast 40 % in den letzten 10 Monaten des nationalen Notstands.“ [Quelle für Tabelle und Zitat

<https://inequality.org/great-divide/updates-billionaire-pandemic/>]

“Ex-US-Präsident Jimmy Carter bezeichnete in 2015 das politische System der USA als Oligarchie. Siehe z.B. das Buch "Imperium USA" des schweizer Historikers Daniele Ganser von 2020, S. 53/54. Ganser schreibt dort: "Der frühere amerikanische Präsident bestätigte 2015, dass in den USA die Superreichen die Fäden der Macht in der Hand halten". "Über finanzielle Zuwendungen bestimmen die Superreichen, wer Präsident wird und wer in den Kongress einzieht." [Quelle: [Telepolis](#)]

Nächste Frage im Interview, Zitat:

Magazin:

„Aber kann es sich nicht auch um eine Diffamierung von Meinungen handeln, wenn man sie als Verschwörungstheorie oder als Fake News bezeichnet?“

[Marie-Luisa Frick:]

In der Tat, das ist ein heikler Punkt: Man kann mit solchen Etiketten Menschen und Meinungen tatsächlich sehr effektiv in die Schmutzlecke stellen. Wir sollten daher sehr vorsichtig mit solchen Zuschreibungen umgehen. Ein Beispiel: Zu fragen, ob SARS-CoV-2 durch einen Laborunfall freigesetzt worden sein könnte, ist keine Verschwörungstheorie. Zu behaupten, dieses Virus sei von mächtigen Cliquen auf uns losgelassen worden, um uns zu knechten, dagegen schon. Als Philosophen wissen wir, dass verschiedene Wahrheitsverständnisse nebeneinander existieren. Es gibt für viele Fragen schlicht gar keine

Möglichkeit, über verschiedene Disziplinen hinweg zu entscheiden, ob etwas wahr ist. Und doch darf man den Problemkomplex nicht kleinreden. Wir haben es heutzutage mit gezielten Desinformationswellen in vielen Bereichen zu tun. Stichwort Pandemie: Es gibt Gruppen, die denken nur darüber nach, wie sie Menschen in Wahnwelten hineinziehen können. Wenn Menschen meinen, sie müssten mit allen Mitteln einer gerechten Sache zum Durchbruch verhelfen, weil „die da oben“ Verbrecher und Dämonen sind, wird Kommunikationsfreiheit zur Gefahr für andere. Gruppen wie QAnon in den USA und inzwischen auch in Deutschland sind letztlich staatsfeindliche Bewegungen, denen klare Grenzen aufgezeigt werden müssen.“

Was muss denn einer Gruppe von Akademikern aufgezeigt werden, die alle anderen Menschen außer sich selbst für unfähig halten, selbst denken zu können? Ist das nicht eine Meinung, der klare Grenzen aufgezeigt werden müsste, weil wir sonst in einer Diktatur landen? Was würde Frau Frick dazu sagen? Vielleicht liest sie ihren eigenen Kurzschluss noch einmal nach? Eine Antwort darauf wäre interessant.

Sie sagt: „Es gibt Gruppen, die denken nur darüber nach, wie sie Menschen in Wahnwelten hineinziehen können.“ Die Tabelle in der Spalte davor zeigt eine Gruppe von Menschen, die nur darüber nachdenken, Milliarden Dollar erbeuten zu können. Hat uns die Geschichte nicht gelehrt, dass derartige Gruppen und ihre Generäle jedes Verbrechen dafür begehen, selbst auf die Gefahr des eigenen Galgens hin? Ist diese Gruppe von Menschen nicht viel gefährlicher als Gruppen wie QAnon und nicht vielmehr Ursache für die Entstehung von Gruppen wie QAnon? Ist es nicht so, dass diese Gruppe von Oligarchen über soviel Eigentum verfügen, dass sie ganze Regierungen samt ihren Institutionen damit kaufen können? Haben wir da nicht ein Problem mit dem Eigentumsrecht? In der folgenden Dokumentation, aus dem Jahre 2009, wird dargelegt, wie es im Detail vor sich geht, wenn Pharmaoligarchen die WHO kaufen: <https://youtu.be/hluVv5iBMQ>



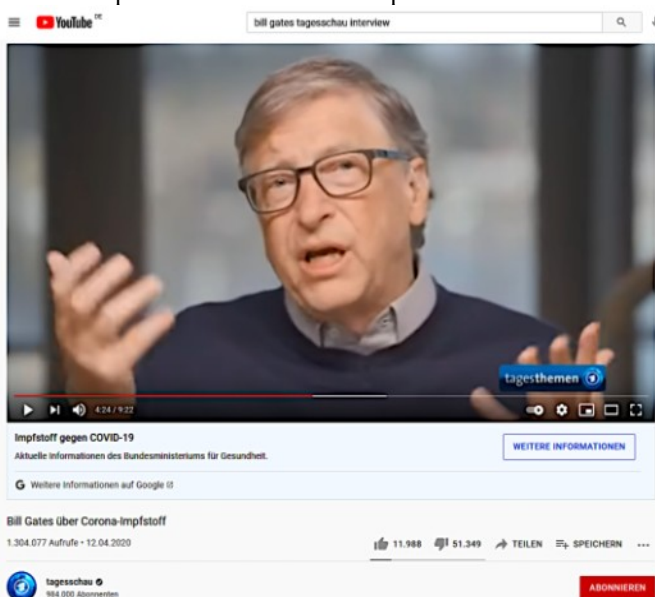
Profiteure der Angst - Bildschirmfoto

Unter dem Video steht „Impfstoff gegen COVID-19“ und darunter „Profiteure der Angst“. Ironie der Geschichte.

„[6:37 - Sprecher] Phase 6 bedeutet, die Mitgliedstaaten der WHO sollen ihre nationalen Pandemiepläne in Kraft setzen, Impfstoffe und Medikamente bestellen. Es ist die höchste Warnstufe. Aber nach neuen Kriterien. Im Mai 2009 streicht die WHO 2 wesentliche Punkte der Pandemie-Definition. Früher waren eine enorme Anzahl von Todesfällen und Erkrankungen in mehreren Staaten Bedingung. Das ist heute nicht mehr so. Nun reicht zur Ausrufung einer Pandemie, dass sich der Erreger schnell

und massiv in mindestens 2 der 6 WHO-Regionen ausbreitet... [9:43 - Sprecher] Das Anheben auf Phase 6 bedeutet Investitionen in Milliardenhöhe, in Impfstoffe und Medikamente. [9:54 - Elena Pasca – Forum „Pharmacritique“] Wenn die WHO die Kriterien nicht geändert hätte, die ihr erlauben die Pandemie auszurufen, wäre Kommerz in diesem Ausmaß nicht möglich gewesen. Die Anweisungen der WHO sind nicht bindend für die Staaten, aber sie verursachen einen starken politischen Druck. Welcher Politiker wird sagen: „nein, ich kaufe kein Tamiflu und keinen Impfstoff“... [24:50 – Sprecher] Ein einfacher und sinnvoller Schutz gegen alle Viren: regelmäßiges Händewaschen. Mit diesen Vorsichtsmaßnahmen können sich Menschen wirksam schützen. Aber, es lässt sich damit nicht viel Geld verdienen. Vom Händewaschen profitieren vor allem die Arzneimittelhersteller nicht. Der vfa [siehe <https://www.vfa.de/>] ist der Wirtschaftsverband der deutschen Pharmaindustrie. Hier warnt man eindringlich vor möglichen Gefahren... [25:34 – Sprecher] Industrie und WHO sind sich einig. Die weltweite Bedrohung durch die Grippe macht einen Einsatz von Medikamenten notwendig. Denn, die Bevölkerung muss geschützt werden. [25:57 – Prof. Peter Schönhöfer] Das ist ein Prinzip des Pharmamarketings, das hier übernommen wird. Und zwar kann die Pharmaindustrie ihr Produkt dann gut verkaufen, wenn die Menschen Angst haben und sich von dem Angebot des Herstellers versprechen, gerettet zu werden. Also muss man eine Angstpsychose erzeugen, damit die Leute weich werden und nach dem Impfstoff greifen... [28:33 – Prof. Peter Schönhöfer] Es gibt eine Reihe von Leuten, die in der Pharmaindustrie gearbeitet haben und die Denke der Pharmaindustrie in die WHO übertragen haben. Und zwar so, dass sie auch darauf achten, dass die Entscheidungen der WHO pharmafreundlich sind... [29:22 - Sprecher] Bei der WHO sind bei wichtigen Sitzungen Vertreter von Pharmafirmen anwesend. Das ist kein Geheimnis... [31:26 - Sprecher] Der Pharmakonzern Roche [siehe <https://www.roche.de/>] ist einer dieser Firmen X. Er stellt das meistverkaufte antivirale Präparat gegen die Schweinegrippe her: Tamiflu. Für das Unternehmen kam das Virus wie gerufen. Offensichtlich war Tamiflu zuletzt ein Ladenhüter. Dank der Pandemie findet es nun wieder weltweit reißenden Absatz... [32:02 - Sprecher] Von London aus beobachtet Analyst Martin Brunner, dass die Pharmaindustrie generell eher Probleme hat. Die Umsätze durch die Schweinegrippe waren für alle Unternehmen eine willkommene Finanzspritze. [32:015 – Martin Brunner] Es kam zu einem interessanten Zeitpunkt. Was vor Jahren schon begonnen hat, ist ein Patentablauf, Patentabläufe von größeren Produkten, die Umsätze gehen graduell nach unten, es kommen immer weniger neue Entwicklungsprodukte nach. Der Status der pharmazeutischen Industrie im Augenblick ist eher schwierig und mit dieser Pandemie, mit diesen großen Aufträgen der Regierungen haben sich vielleicht kurzfristige Gewinne abgezeichnet. [32:44 - Sprecher] Gewinne, auch wenn sie kurzfristig sein mögen, in Milliardenhöhe, die ohne die Ausrufung der Pandemie keines der beteiligten Unternehmen gemacht hätte. [33:05 – Dr. Marc Girard, Medizinischer Gutachter für Arzneimittel] Zu Beginn des Jahrtausends war die Pharmaindustrie an einem Punkt, an dem magere Zeiten bevorstanden. Es gab keine neuen innovativen Produkte

und man fragte sich, wie man die Rentabilität hoch hält...“ Dabei spielt es gar keine Rolle, wo und wie ein neues Virus entsteht. Hauptsache es lässt sich vermarkten. 11 Jahre mussten die Profiteure auf ihre nächste Gelegenheit warten. Aber dann packten sie sie beim Schopfe.



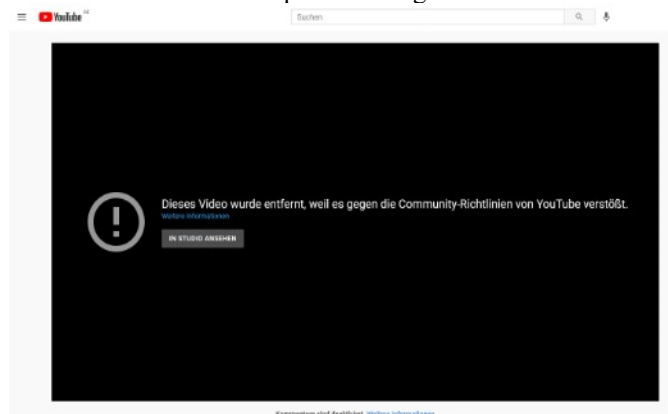
„Wir werden den zu entwickelnden Impfstoff letztendlich 7 Milliarden Menschen verabreichen. Da können wir uns keine Probleme mit bedrohlichen Nebenwirkungen leisten. Und doch werden wir die Entscheidungen zum Einsatz eines neuen Impfstoffes auf einer geringeren Datengrundlage als sonst fällen, damit wir schnelle Fortschritte erzielen. Wir müssen also die Entwicklung der 8-10 aussichtsreichsten Kandidaten unterstützen, die entsprechenden Produktionsanlagen bauen, herausfinden wie wir die Sicherheit des Impfstoffes testen und all dies braucht eine gemeinsame globale Anstrengung. Unsere Stiftung spielt hierbei eine große Rolle. Denn wir sind die größten Förderer von Impfstoffen und denken auch an die Entwicklungsländer. Ich bin beeindruckt davon, dass jetzt alle Welt davon spricht, dass sich Medikamente herauskristalisieren, nicht nur Moderna, Curevac, Sanofi, Novak usw., dies sind die Mittel, in die jetzt investiert werden muss.“ [siehe <https://youtu.be/083VjebhzgI>, ab 4:25, Bill Gates, Tagesthemen-Sendung vom 12.04. 2020]

Zu Beginn des Interviews im Magazin, also bevor Frau Frick ihr Plädoyer für die Meinungsfreiheit wieder relativierte antwortete sie auf folgende Frage wie folgt, Zitat:

„Philosophie Magazin: Frau Frick, von John Stuart Mill stammt der Satz, dass die Unterdrückung einer Meinung „Raub an der Gemeinschaft aller“ sei. Was hat der britische Philosoph im 19. Jahrhundert damit gemeint? Marie-Luisa Frick: Mill macht uns auf einen Aspekt aufmerksam, den wir oft übersehen. Denn es geht nicht nur darum, die Rechte derjenigen Menschen zu schützen und für sie einzutreten, die sich in einer demokratischen Öffentlichkeit zu Wort melden. Es geht auch um die Informationsrechte der Empfänger. Das ist oft, wenn wir über Cancel Culture und solche Debatten sprechen, gar nicht im Bewusstsein, wer da eigentlich noch geschädigt ist. Diskursverengungen betreffen uns alle.“

Genau. Die betreffen uns alle und ich kann sogar ein aktuelles Beispiel aus eigenem Erleben beisteuern. Am 14.6.2021 veranstalteten Bürger in Buxtehude, einem kleinen Ort südwestlich von Hamburg eine Versammlung im Stadtpark und einen Protest-Spaziergang durch die Stadt. Ich war als

Pressevertreter des Vereins **UMEHR** mit Kamera und Schreibblock vor Ort, drehte einen **Kurzfilm** und verfasste einen **Artikel**. Den Film versuchte ich auf YouTube zu veröffentlichen und dann passierte folgendes:



Bildschirmfoto vom Kurzfilm der Bürgerversammlung auf YouTube

„Dieses Video wurde entfernt, weil es gegen die Community-Richtlinien von YouTube verstößt“, seht auf schwarzem Hintergrund, wenn man den ursprünglichen Link zu dem Video eingibt: <https://www.youtube.com/watch?v=-9Pp2C78mFo> Als ob es eine „Community“ gäbe, die Richtlinien erlassen würde. Es muss demokratisch aussehen, aber die Eigentümer möchten alles in der Hand haben. Ihre Begründung lautet, Zitat:

„... unser Team hat deine Inhalte geprüft und leider festgestellt, dass sie gegen diese Richtlinien verstoßen: Richtlinien zu medizinischen Fehlinformationen. Wir haben darum folgende Inhalte von YouTube entfernt: Video: Buxaktiv 14 6 2021... Weitere Informationen...“

Weitere Informationen“ sind hier zu finden:

<https://support.google.com/youtube/answer/9891785>

Dort heißt es, Zitat:

„... Auf YouTube sind keine Inhalte erlaubt, die medizinische Fehlinformationen zu COVID-19 verbreiten, die im Widerspruch zu medizinischen Informationen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) oder lokaler Gesundheitsbehörden stehen...“

Natürlich, geschäftsschädigende Videos müssen entfernt werden. Das versteht doch jeder. Was ist schon Artikel 5 Grundgesetz der BRD gegen höhere Interessen von Oligarchen? **Nichts!** Das zensierte Video ist jetzt hier zu finden: <https://vimeo.com/569516133>



Bild aus dem zensierten Video: Bürgerversammlung

Die neue Normalität der Löschkultur ist inzwischen überall angekommen und die Frage, wo „die Grenze des Sagbaren“ liegt, ist ganz einfach zu beantworten. Oligarchen können nur herrschen, in dem sie finanziell auf Regierungen einwirken, sich

also Politik kaufen. Regierungen wiederum zeigen sich erkenntlich und beschäftigen Akademiker dafür, glaubhafte Erklärungen zu finden, für Politik im Interesse der Oligarchen gegen die Interessen der Bürger. Aufklärung ist dann natürlich ein bedrohliches Problem. Sie bedroht ihre Macht und ebenso die Macht der Oligarchen, von denen ihre Politik abhängt und folglich auch ihre Privilegien abhängen. „Die Grenze des Sagbaren“ liegt also dort, wo ihre „Explanation of culture“ (Erklärungskultur) in Schiefelage gerät, weil dann Gefahr besteht, dass die Massen nicht mehr gehorchen. „Cancel Culture“ ist also ein ganz normales Instrument zur Sicherung von Macht und zur Aufstandsbekämpfung. Im weiteren Verlauf des Interviews und der Behandlung des Themas „Die Grenze des Sagbaren“ im Magazin sind mir gleich zwei blinde Flecke aufgefallen. Zum Einen die Ignoranz des Klassenkrieges, den die herrschende Eigentümerklasse gegen die Klasse der Lohnabhängigen und! gegen das Kleinbürgertum führt und zum Zweiten die grundlegende Rolle des Eigentumsrechts an sich.

Magazin:

„Nun spielen in den großen Krisen der Gegenwart die Wissenschaften eine zentrale Rolle. In der Klimakrise wie auch in der Coronakrise beruft man sich auf sie. Was heißt das für die Meinungsfreiheit?“

[Marie-Luisa Frick:]

Sicher ist Empirie wichtig, aber wir können von den Wissenschaften keine abschließenden Wahrheiten erwarten. In der Pandemie beobachten wir täglich, wie Wissenschaftler um Erkenntnisse ringen und sie immer wieder revidieren. Umso problematischer ist es, wenn aus naturwissenschaftlicher Forschung unmittelbar politische Entscheidungen abgeleitet werden. Es fehlt uns und auch den sogenannten Meinungsbildern, also Journalisten, oft ein Verständnis dafür, was Wissenschaft eigentlich ist. Hier sehe ich einigen Nachholbedarf.“

Ich sehe Nachholbedarf im Verständnis für die Rolle des Eigentumsrechts in der Wissenschaft. Die Frage: wem gehört die Wissenschaft? - ist eine ganz entscheidende Frage und ließe sich ganz leicht beantworten, wenn ihre öffentliche Bezahlung und private Bezahlung einmal miteinander verglichen werden. Detaillierte Informationen darüber sind rar. Aber das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gibt schon auf seiner Startseite darüber eine allgemeine Auskunft, Zitat:

„Neue Ideen und Technologien benötigen moderne Forschungsgeräte, gut ausgestattete Labore und hervorragend qualifizierte Forscherinnen und Forscher. Dass sich der Forschungsstandort Deutschland auf dem richtigen Weg befindet, lässt sich an Zahlen ablesen: Staat, Wirtschaft und Wissenschaft haben 2018 den Rekordwert von 104,7 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung (FuE) investiert. Das entspricht 3,13 Prozent des Bruttoinlandsproduktes des gleichen Jahres. Gut zwei Drittel der Ausgaben kommen aus der Wirtschaft...“ [Quelle: <https://www.bmbf.de/de/wie-wird-forschung-finanziert-11936.html>]

In Klartext übersetzt bedeutet das: Die Forschung gehört zu einem Drittel dem Staat (Rekordwert) und zu zwei Dritteln privaten Eigentümern (der Wirtschaft). Forschung wird also in der Hauptsache für den Profit einzelner Eigentümer betrieben. Bill Gates macht gar kein Geheimnis um die Rolle seiner Stiftung in der Pharmabranche. „In der Pandemie beobachten wir täglich, wie Wissenschaftler um Erkenntnisse ringen“, um unnötige Impfungen an 7 Milliarden Menschen (Bill Gates) verkaufen zu

können.

Magazin:

„In Deutschland gibt es den Vorwurf, die Medien würden bestimmte Meinungen nicht zu Wort kommen lassen. Coronaskeptiker oder Impfgegner zum Beispiel. Sehen Sie die Gefahr einer Diskursverengung?“

[Marie-Luisa Frick:]

Ich sehe die Gefahr, dass man Menschen keine Urteilsfähigkeit mehr zutraut, ja. Das ufert leicht in Kampagnenjournalismus aus. Das ist eine Art des Paternalismus, der mit dem demokratischen Ideal der Autonomie politischer Subjekte nicht übereinstimmt. Extremistischen Verführern muss man klare Kante zeigen. Konflikte zwischen Meinungen, etwa über die Coronapolitik, müssen hingegen in Demokratien möglich sein und sich auch diskursiv abbilden.“

Das hört sich demokratisch an. Aber was bedeutet „Klare Kante“ in Bezug auf Redefreiheit? Wer muss wem „Klare Kante“ zeigen: die Regierung gegenüber dem Volk? Oder ist es nicht eher so, dass Extremisten (Gewalttäter) immer nur eine kleine Minderheit stellen können, so das paternalistische Vormundschaft gar nicht nötig ist, weil die überwiegende Mehrheit sich dagegen schon zu wehren weiß und dies auch diskursiv abbilden kann? Frau Frick ihre Haltung zur Redefreiheit ist hin- und her schwankend, aber letztlich doch ablehnend. Aus ihren Antworten leuchtet das Misstrauen des Kleinbürgertums gegenüber der Mündigkeit der Massen, die in Mehrheit lohnabhängig sind und durch tägliche Arbeit sehr wohl in der Lage sind, realistisch zu denken und zu urteilen. Es bedarf nicht 20 Seiten um ein Für- und Wieder zur Redefreiheit abzuwägen. Sondern die gibt es entweder zu 100% und ohne Schranken, oder gar nicht. Aber: solange Herrschaft (Oligarchie) auf Eigentumsrecht basiert und Eigentümer den öffentlichen Raum kaufen können, gibt es keine Redefreiheit, sondern nur das Recht der Eigentümer. Das ist eine Logik, welche darzulegen ganz wenig Platz in Anspruch nimmt. Redefreiheit im öffentlichen Raum, ist in den USA Bestandteil des als „Bill of Rights“ bezeichneten Grundrechtokatalogs der Verfassung der Vereinigten Staaten. Der 1791 verabschiedete Artikel verbietet dem Kongress, Gesetze zu verabschieden, die die Redefreiheit, Religionsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit oder das Petitionsrecht einschränken. Das Grundgesetz der BRD dagegen, verweigert diese Freiheit. Diesen Unterschied offen zu legen, ist das Mindeste, was Redakteure eines Magazins mit dem Namen „philosophie“ zu tun hätten, wenn sie sich diesen Namen verdienen wollen.



Bildschirmfoto 05.02.2021

Übersetzung:

„Goebbels war für freie Rede für die Ansichten, die er mochte. Das war Stalin auch. Wenn Sie wirklich für Redefreiheit sind, dann sind Sie für die Freiheit der Rede von genau den Ansichten, die Sie verachten. Andernfalls sind Sie nicht für Redefreiheit.“ (Noam Chomsky)

Holger Thurow-N.

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!
Ausgabe 18/21 02.05.2021

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!
Ausgabe 19/21 09.05.2021

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!
Ausgabe 20/21 16.05.2021

Diese 30 Rechte hat jeder Mensch

1. Recht auf Leben
2. Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz
3. Recht auf Leben und Freiheit
4. Recht auf Arbeit
5. Recht auf Bildung
6. Recht auf Gesundheit
7. Recht auf einen fairen Lohn
8. Recht auf einen fairen Lohn
9. Recht auf einen fairen Lohn
10. Recht auf einen fairen Lohn
11. Recht auf einen fairen Lohn
12. Recht auf einen fairen Lohn
13. Recht auf einen fairen Lohn
14. Recht auf einen fairen Lohn
15. Recht auf einen fairen Lohn
16. Recht auf einen fairen Lohn
17. Recht auf einen fairen Lohn
18. Recht auf einen fairen Lohn
19. Recht auf einen fairen Lohn
20. Recht auf einen fairen Lohn
21. Recht auf einen fairen Lohn
22. Recht auf einen fairen Lohn
23. Recht auf einen fairen Lohn
24. Recht auf einen fairen Lohn
25. Recht auf einen fairen Lohn
26. Recht auf einen fairen Lohn
27. Recht auf einen fairen Lohn
28. Recht auf einen fairen Lohn
29. Recht auf einen fairen Lohn
30. Recht auf einen fairen Lohn

FREE JULIAN
An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datei unter: <http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse ggg@deraufstand-abo@wihuman.de Artikel einreichen.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

Grünen-Chef Habeck: Die Linke muss sich für Koalition mit uns zur NATO bekennen

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datei unter: <http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse ggg@deraufstand-abo@wihuman.de Artikel einreichen.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

FREIHEIT? NUR GEGEN SPRITZE
Wir werden ansatz - Zwangsimpfungen ähnen

2021 FREE JULIAN
An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datei unter: <http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse ggg@deraufstand-abo@wihuman.de Artikel einreichen.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!
Ausgabe 21/21 23.05.2021

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!
Ausgabe 22/21 30.05.2021

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!
Ausgabe 23/21 06.06.2021

ALLE 3 SEKUNDEN STIRBT EIN MENSCH AN HUNGER, DAS SIND 9 MILLIONEN IM JAHR. LEIDER KANN HIER DIE PHARMAINDUSTRIE KEIN GELD VERDIENEN SONST WÜRDE DER ENTWICKLUNGSMINISTER SOFORT EINE "ERNÄHRUNGSPFLICHT" VORSCHLAGEN.

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datei unter: <http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse ggg@deraufstand-abo@wihuman.de Artikel einreichen.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

DER AKT VON UNGEHORSAM ALS AKT DER FREIHEIT IST DER BEGINN DES RECHTS.
- Erich Fromm

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datei unter: <http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse ggg@deraufstand-abo@wihuman.de Artikel einreichen.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

His Freedom is our freedom

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datei unter: <http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse ggg@deraufstand-abo@wihuman.de Artikel einreichen.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!
Ausgabe 24/21 13.06.2021

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!
Ausgabe 25/21 20.06.2021

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!
Ausgabe 26/21 27.06.2021

ALL WARS BEGIN WITH LIES

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datei unter: <http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse ggg@deraufstand-abo@wihuman.de Artikel einreichen.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

Der Systemkritiker und Gefangene dieses Regimes, Julian Assange, wird am 3.7.2021 50 Jahre alt!

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung ist als PDF-Datei unter: <http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei erhältlich und zur freien Verwendung. Jeder Leser kann über die Email-Adresse ggg@deraufstand-abo@wihuman.de Artikel einreichen.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

Deutschland: Grundrechte in Nacht und Nebel Aktion weiter eingeschränkt

Free 50th Birthday Julian Assange!
Am 3. Juli 2021 Rathausplatz Ulm + ab 10 Uhr Musik und Kunst in der Innenstadt + ab 17 Uhr Koncert und Kundgebung

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung ist als PDF-Datei unter: <http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei erhältlich und zur freien Verwendung. Jeder Leser kann über die Email-Adresse ggg@deraufstand-abo@wihuman.de Artikel einreichen.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz